

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

4 (5.1.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G.m.b.H. Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25 - 01, Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77 Ruf 2396, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuzü. 54 Zustellgebühr. Bankverp.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Stadt Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entzogenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 4

Donnerstag, 5. Januar 1950

Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

Hüter des Friedens
Asien im Kampf um seine
Unabhängigkeit
Ein wenig zu plump
Weitere Abwertungswelle
in Sicht

Atlantikfront entscheidet sich für Hitler-Strategie

Das Rhein-Ruhr-Gebiet rüstet zu den internationalen Friedenskundgebungen am 7. und 8. Januar
„Wenn wir nicht wollen, gibt es keinen Krieg“

Düsseldorf. (EB) Die Bedeutung der internationalen Friedenskundgebungen gegen Ruhrstau und Remilitarisierung, die am 7. und 8. Januar in Düsseldorf, Essen und Dortmund stattfinden, ist durch alarmierende Pressemeldungen unterstrichen worden. Danach soll von den Generalstäben der Westmächte eine neue „Atlantikpakt-Strategie“ ausgearbeitet worden sein, die auf dem Entschluß basiert, „im Falle eines Krieges“ sofort mit offensiven Operationen auf dem Lande und in der Luft zu beginnen, um so schnell und so weit wie möglich nach Osten vorzustoßen.

Das Sprachrohr der britischen Militärregierung läßt sich dazu aus Den Haag berichten, Regierungsbeamte hätten erklärt, „Verteidigungslinien“ gehörten der Vergangenheit an. Es gelte daher, von Anfang an durch eine offensive Kriegsführung ein größtmögliches Vorfeld für die Durchführung der späteren Operationen zu besetzen. Die militärischen Pläne der Westunion, so berichtet „Die Welt“ weiter, hätten ein viel entscheidenderes und mehr ins Detail gehendes Stadium erreicht, als gemeinhin angenommen würde.

Für jeden einsichtigen Menschen liegt klar vor Augen, daß die Sowjetunion eine unberechenbare Friedenspolitik betreibt und gar nicht daran denkt, einen Angriffskrieg zu führen. Ihre unbesiegbare Kraft wächst mit jedem Tage, den sie und die volkdemokratischen Länder dem friedlichen sozialistischen Aufbau widmen können. Die Annahme eines „sowjetischen Angriffs“ bedeutet daher nichts als eine schlechte Tarnung der Offensivpläne der imperialistischen Aggressoren. Es zeigt nicht nur ihre völlige Auswegslosigkeit, sondern auch ihre ganze Gefährlichkeit, wenn sie nach all den Debatten, ob Rhein oder Elbe in einem Krieg gegen die Sowjetunion Hauptverteidigungslinie sein sollen, sich heute unumwunden für die Kriegsstrategie Adolf Hitlers erklären. Ihre Pläne könnten den Hirnen freigelegener Kriegsverbrecher und Nazigenerale entspringen sein, von denen bekannt ist, daß sie ihre „Erfahrungen“ im Angriffskrieg gegen den Osten freigeig zur Verfügung stellen.

Das Sprachrohr der britischen Militärregierung läßt sich dazu aus Den Haag berichten, Regierungsbeamte hätten erklärt, „Verteidigungslinien“ gehörten der Vergangenheit an. Es gelte daher, von Anfang an durch eine offensive Kriegsführung ein größtmögliches Vorfeld für die Durchführung der späteren Operationen zu besetzen. Die militärischen Pläne der Westunion, so berichtet „Die Welt“ weiter, hätten ein viel entscheidenderes und mehr ins Detail gehendes Stadium erreicht, als gemeinhin angenommen würde.

Sie machen ihre Rechnungen jedoch ohne die westdeutsche Bevölkerung, die sich gegen alle entschlossen zur Wehr setzt, die Deutschland erneut in einen Kriegsschauplatz verwandeln und die deutsche Bevölkerung dabei als Prellbock und Kanonenfutter mißbrauchen wollen. „Wenn wir nicht wollen, gibt es keinen Krieg“ Von diesem Bewußtsein muß jeder Deutsche durchdrungen sein. Die internationalen Kundgebungen im Herzen des Rhein-Ruhr-Gebietes müssen Zeugnis geben von dem entschlossenen Willen des werktätigen Volkes, alle Kriegspläne der Imperialisten zum Scheitern zu verdammen.

„Generalstäblerverein“ und ein Dementi

Ein Sprecher der alliierten Hohen Kommission dementierte in Bonn Meldungen über

den Neuaufbau einer deutschen Wehrmacht, der angeblich von ehemaligen Generalstabsoffizieren mit Wissen der Bundesregierung unter westlichen Alliierten vorbereitet werde. Das Zusammentreffen ehemaliger Wehrmachtsoffiziere könne, wie der Sprecher sagte, wahr sein. Nach der Ansicht der alliierten Hohen Kommission bedeute es aber nicht, daß der „Keim zu militärischen Organisationen“ gelegt werde.

Die alliierte Hohe Kommission dementiert gleichzeitig die in den ausländischen Agen-

turmeldungen enthaltene Behauptung, daß auf alliierter Seite ein Programm für einen künftigen Aufmarsch gegen den Osten bestehe.

Wenn wir nach den Dementis gehen, dann gibt es keine Aggressionspläne im Westen. Nur kann uns nicht erklärt werden, warum es einen Atlantik-Pakt, warum es Waffenlieferungen und warum es Riesenausgaben für Kriegsrüstungen in den Haushalten der westlichen Ländern gibt. Man hat die Erfahrung gemacht, daß Dementis gerade das unterstreichen, was sie bestreiten sollen.

Hat Daimler-Benz-Direktion noch nicht genug?

Ein unerhörter Vorschlag — Die Arbeiter und ihre Vertreter bestehen auf Zahlung der Streiktage

Mannheim. (E. B.) Gestern wurden zwischen dem Betriebsrat von Daimler-Benz, der Industriegewerkschaft Metall und der Direktion des Mannheimer Werkes sowie dem Vertreter des Industriellenverbandes, Syndikus Neef, Verhandlungen über die Bezahlung des durch den zweitägigen Streik entstandenen Lohnausfall geführt. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Die Arbeiter verlangen, da der Streik durch den Bruch der Betriebsvereinbarungen durch die Direktion verursacht wurde, die volle Bezahlung des Verdienstausfalles. Der Vertreter der Industriellenorganisation hatte den Vorschlag gemacht, daß die Arbeiter in

Überstunden die ausgefallene Arbeitszeit nachholen und vorerst in der Höhe des fehlenden Lohnes bevorschußt werden sollen. Dieser Vorschlag wurde rundweg vom Betriebsrat und Gewerkschaftsvertretern verworfen. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Die Daimler-Benz-Direktion wie die Industriellenorganisation dürften sich wohl im klaren sein, daß der von ihnen gemachte Vorschlag auf die Daimler-Benz-Arbeiter wie eine erneute Provokation wirkt. Wir glauben, daß sie mit dem Feuer spielen, denn, sollten sie auf ihrem Vorschlag beharren, dürfte zweifellos die Frage eines erneuten Streikes für die Daimler-Benz-Arbeiter stehen.

Neue Selbsthilfeaktionen Landhungeriger in Italien

Diesmal in der Po-Ebene

Modena. (nach dpa) Hunderte von besitzlosen italienischen Landarbeitern teilten am Montag in der Provinz Modena am Südrand der Po-Ebene gut bestellten Grundbesitz unter sich auf. Um die Polizei am Eingreifen zu verhindern, führten sie die Landreform in weit auseinanderliegenden Gebieten durch. Die Polizei, die gegen Landarbeiter vorging, verhaftete unter den verschiedenen Gruppen jeweils zwanzig der Landhungerigen. Bisher war vor allem in Süd- und Mittelitalien unbestellter Grundbesitz, der vielfach nur als Jagdrevier diente, von Landhungerigen gewaltsam besetzt worden.

Zehntausende von Negern werden jährlich in Angola zwangsrekrutiert und zur Arbeit auf die Zucker- und Kakaopflanzungen getrieben; viele von ihnen sehen die Heimat niemals wieder. Auch in Mozambique heben die portugiesischen Kolonialbehörden zahlreiche Arbeitskräfte aus und exportieren sie in die Gold- und Kohlegruben der Südafrikanischen Union. Die südafrikanische Regierung zahlt für jeden Arbeiter eine Prämie. Portugal hat bezeichnenderweise bisher keines der internationalen Abkommen gegen Zwangs- oder Sklavenarbeit unterzeichnet.

Wafd-Partei führt in ägyptischen Wahlen

Kairo. Die amtlichen Ergebnisse der ägyptischen Wahlen zeigten in der vergangenen Nacht, daß die Wafd-Partei eindeutig in der Führung steht. Die Wafdisten sollen überall in den großen Städten, wie Kairo, Alexandria und Ismailia, die weitaus meisten Stimmen auf sich vereinigt haben. Nach noch unvollständigen Ergebnissen, erhielt die Wafd-Partei bisher 42 Sitze, die Liberalen 4, die Partei der arabischen Großgrundbesitzer 2, und die auf dem äußersten rechten Flügel stehenden Nationalisten 3 Sitze. Die linksbürgerliche Wafd-Partei war in der Regierung, als die deutschen Armeen im Jahre 1942 vor den Toren Ägyptens standen, und führte damals einen entschlossenen Kampf gegen die Aggressionspläne Hitlers und Mussolinis.

Mit Tränengas gegen Demonstranten

Kalkutta. Im Laufe der vergangenen Woche ist es wiederholt in Kalkutta zu Zusammenstößen der Polizei und kommunistischen Demonstranten gekommen. Die Polizei versuchte mit Tränengas einen Demonstrationenzug zu zerstreuen. Bei den Zusammenstößen fanden drei Menschen den Tod und eine größere Anzahl der Demonstranten wie der Polizei wurden verletzt.

Bankrott der westdeutschen Bundesbahnen

Fehlbetrag von 410 Millionen D-Mark

Düsseldorf. (Eig. Ber.) Alle Rationalisierungsmaßnahmen, die unter dem Motto „Einsparung“ durchgeführt werden, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Bankrott der westdeutschen Eisenbahnen offensichtlich geworden ist. Die Hauptverwaltung schloß nach einer Jahresübersicht ihre Betriebsrechnung für das Jahr 1949 mit einem Fehlbetrag von 100 Millionen DM, wobei die Gesamtrechnung mit einem Fehlbetrag von 410 Millionen DM abgeschlossen wurde.

Die Verschuldung der Bundesbahn durch Aufnahme von Krediten bei den Ländern und Banken hat im Laufe des vergangenen Jahres um rund 400 Millionen DM zugenommen.

Eine Pleite war auch die im Jahr 1949 aufgelegte 6prozentige Reichsbahnleihe. Zwar wurde von der Hauptverwaltung angegeben, daß diese Anleihe einen Betrag von 340 Millionen DM aufbrachte. Tatsächlich sind der Bahn jedoch nur 90 Millionen DM neuen Kapitals zugeflossen. Die Summe von 340 Millionen DM wurde nur dadurch erreicht, daß viele Altgläubiger ihre zum Teil schon für verloren angesehenen Darlehen erneut gezeichnet haben.

Trotz dieses gewaltigen Defizits bei der Reichsbahn mußten die Eisenbahnen in der Bizone jährlich 174 Millionen DM für die Verwaltung der Bizone aufbringen. Diesen Betrag übernahm dann automatisch die Regierung des westdeutschen Staates. Die Bank deutscher Länder aber erklärte die Reichsbahn für kreditunwürdig und verlangte, daß mindestens 40 000 Eisenbahnarbeiter und -angestellte zur Entlassung kommen müßten, um die Kreditwürdigkeit wieder herzustellen. Die Hauptverwaltung hat dieser Forderung der Bank deutscher Länder entsprochen und nach der Währungsreform mehr als 85 000 Eisenbahner entlassen, zahlreiche Rückstufungen von Handwerkern und Angestellten zu Arbeitern vorgenommen, ohne daß Einsparungen gemacht werden konnten.

Während im Jahre 1948 ein Verlust in Höhe von 82,2 Millionen DM errechnet wurde, waren es 1949 bereits 10,9 Millionen DM. 1948 wurden die 174 Millionen DM noch prompt gezahlt. Seit 1. Juni 1949 ist die westdeutsche Eisenbahn nicht mehr in der Lage, die Jahresabgabe von 174 Millionen DM an die Bonner Regierung sowie die Verzinsung der Aus-

„In der Schwebelage halten“

Formosa und die Gefahr eines dritten Weltkrieges

Washington. In die Debatte um die amerikanische China-Politik hat sich jetzt auch der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses John Kee eingeschaltet. Während der frühere amerikanische Präsident Herbert Hoover und der führende Außenpolitiker der Amerikaner, Senator Robert Taft, die Ansicht vertraten, daß Formosa um jeden Preis gehalten werden muß, glaubt Kee, daß eine Entsendung amerikanischer Flotteneinheiten nach Formosa zu einem neuen Weltkrieg führen würde. Es gäbe nur zwei Möglichkeiten, erklärte Kee einem INS-Vertreter. Man könne die Lage in der Schwebelage halten oder aber Formosa verteidigen, was wahrscheinlich zu einem neuen Weltkrieg führe.

Die Frage Formosa beschäftigt die amerikanischen Politiker sehr stark. Wenn wir zwei Auffassungen dabei erfahren, die eine, die die Aufgabe Formosas und damit die Nichtunterstützung Tschiangkajscheks, die andere, die die Verteidigung Formosas fordert, so handelt es sich nicht um prinzipielle Meinungsverschiedenheiten unter den amerikanischen Politikern. Die Rüstungs- und Aggressionspolitik der USA unterstützen sie alle. In der Frage, wie groß das Risiko sein soll, das die USA eingehen dürfen, unterscheiden sie sich.

Die von Truman und Acheson vertretene und durchgesetzte Politik ist nicht auf den Frieden gerichtet, weil die Männer der Kriegspartei — wie erst kürzlich der „Planner des Kalten Krieges“, Kennan — auf der Strecke blieben. Die Kriegspartei traute nur dem amerikanischen Imperialismus mehr an Kraft zu als die „realistischer“ denkenden Politiker Truman und Acheson ihm zubilligen. Ihre Politik entspricht dem, was Kee mit den Worten ausgesprochen hat, „die Lage in der Schwebelage zu halten“. Es ist auch nicht so, daß die eine Richtung völlig für und die andere völlig gegen eine Unterstützung Tschiangkajscheks ist. Sie streiten sich nur um das Maß der Unterstützung und des Einsatzes für Tschiangkajschek.

In einer Frage — und das ist die wichtigste — sind sich beide einig, alles für die Rüstung und Vorbereitung eines neuen Krieges zu tun. Wenn es Meinungsverschiedenheiten und ein Schwanken der offiziellen amerikanischen Außenpolitik gibt, dann deshalb, weil bisher angesichts der Erfolge und des Wachstums der unter der Führung der Sowjetunion stehenden Friedensfront viele Reaktionen der Imperialisten nicht aufgingen und mehr als ein Plan, den sie aufstellten, scheiterte.

Programm zur Fortsetzung der Aggression

Washington. (Nach dpa.) Mit dem Beginn der zweiten Sitzungsperiode des 81. amerikanischen Kongresses wird den offiziellen Washingtoner Kreisen von Außenminister Acheson ein Bericht über den außenpolitischen Stand der internationalen Politik der Vereinigten Staaten erwartet. Es wird vermutet, daß Acheson folgende Gesichtspunkte der USA-Außenpolitik vertreten wird:

1. Weiterführung des Marshallplans, Fortsetzung des Waffenhilfsprogramms für Europa unter hauptsächlichster Berücksichtigung von schweren Waffen. 2. Beibehaltung einer „elastischen“ amerikanischen Politik und keine Verpflichtung, Formosa zu verteidigen, damit ein Krieg vermieden wird. 3. Weitere Waffenhilfe für Griechenland, Türkei und Persien, wirtschaftliche Hilfe für die arabischen Staaten durch das „Punkt-Vier“-Programm. 4. Baldiger Entwurf eines Friedensvertrages mit Japan, notfalls auch ohne Teilnahme der Sowjetunion und der chinesischen Volksrepublik.

Das ist — sehr vorsichtig formuliert — das Programm der Fortsetzung imperialistischer Aggressionspolitik.

Kältewelle in den Vereinigten Staaten

Denver (Colorado). Eine starke Kältewelle hat die Staaten Colorado und Montana in den USA heimgesucht. Die Kälte ist so groß, daß das Quecksilber in den Thermometern gefriert und nur noch Alkoholthermometer gebrauchsfähig sind. Die niedrigste Temperatur wurde in Chester im Staate Montana gemessen, wo das Thermometer 45 Grad Celsius unter Null zeigte. (Nach afp.)

Sibirische Temperatur

Moskau. (dpa) In Sibirien ist die Temperatur auf 44 Grad unter Null gesunken. In Moskau zeigte das Thermometer 22 Kältegrade.

Im Streiflicht gesehen

Der Kirchturm wackelt

Bamberg. (dpa) Schwere Sorgen bereitet den Gemeinderatsmitgliedern von Steinfeld im Landkreis Haßfurt der Kirchturm ihres Ortes, der bei jedem Geläut gefährlich zu schwanken beginnt. Die beiden Glocken sind für den Holzturm zu schwer. Die Gemeinde hat jedoch weder die Mittel, einen massiven Turm zu bauen, noch ein elektrisches Geläut zu beschaffen.

Der Gemeinderat kam am Montag zu dem Ergebnis, daß man sich vorerst mit dem schwankenden Kirchturm abfinden müsse.

Indonesische Aufständische im Angriff

Djakarta. (Batavia) Zwei Kampfgruppen der indonesischen Freiheitskämpfer in Stärke von je 1000 Mann griffen Stützpunkte der indonesischen Regierungstruppen an und besetzten zeitweilig die Regierungsgebäude und das Postamt von Brebes in Nordjava. (Nach Reuter)

Schaden, durch Minen verursacht

Bremen. (dpa) 48 Schiffe gingen seit dem Abschluß der Feindseligkeiten von 1945 bis Ende 1949 durch Minenschaden verloren. 126 Schiffe wurden beschädigt.

Agribiologische Versuchsstation

Berlin. (VWD) Eine agribiologische Versuchsstation der Deutschen Demokratischen Republik wird in Marquardt bei Potsdam eingerichtet. Die Station soll den deutschen Bauern Arbeitsmethoden der Landwirtschaft in der Sowjetunion vermitteln. Wie ADN berichtet, ist Leiter der Versuchsstation Dr. Henß, der längere Zeit in Mexiko die Züchtung von Heil- und Nutzpflanzen erforscht hat.

„Erpressung und Korruption fliegen mit ihnen davon“

„Man muß bei den Kommunisten Eigenschaften anerkennen, die man in China nicht mehr zu erleben glaubte: Ehrlichkeit, den Sinn für das Gemeinwohl, Aufmerksamkeit für das Wohlergehen des Volkes.“

Die letzten Mandarine sind tatsächlich mit Tschiang Kai-Schek verschwunden. Die Beamten Tschiang Kai-Scheks fliegen in der großen Panik vor der Einnahme der Stadt nach Hongkong mit ihren Goldbarren davon. Mit ihnen flohen Erpressung und Korruption davon. „Le Monde“, Paris

Ins Gefängnis eingebrochen

Tokio. Ein waghalsiger japanischer Dieb verübte einen Einbruch in dem Gefängnis von Potschi auf der Insel Schikoku und erbeutete Kleidungsstücke sowie 2500 Zigaretten, die für die Gefängnisinsassen bestimmt waren.

Die Polizei von Kotschi teilte dazu mit, daß der Dieb mit Hilfe einer Leiter über die Gefängnismauer geklettert sei und auch den gleichen Weg ins Freie genommen habe. (nach Reuter)

Feldpostbrief brauchte 33 Jahre.

Venedig. Nach 33 Jahren erhielt am Montag ein Familienvater in Venedig die Geburtsanzeige seines im zweiten Weltkrieg gefallenen Sohnes, die ihm seine Frau 1916 an die österreichische Front geschickt hatte. Der Feldpostbrief hatte damals den frischgebackenen Vater nicht mehr erreicht, weil er in Gefangenschaft geraten war. Der Brief folgte ihm dann durch mehrere Nachfolgestaaten der Donaunarchie und überstand in verstaubten Postfächern auch die Wirren des zweiten Weltkrieges. Mit dem Vermerk „Zurück an Absender, Adressat nicht zu ermitteln“ traf die Geburtsanzeige wieder in Venedig ein. (nach afp.)

Bergwerksexplosion in der Steiermark

Wien. Ein schweres Bergwerksglück ereignete sich am Dienstag in einer Kohlengrube in Fohnsdorf in der Nähe von Granz bei dem nach den bisherigen Feststellungen sechs Bergleute ums Leben kamen und acht weitere verletzt wurden. Das Unglück wurde durch schlagende Wetter verursacht. Alle anderen durch die Explosion abgeschnittenen Bergleute wurden gerettet. (nach BBC)

Für enge Zusammenarbeit

der deutschen und der holländischen Friedenskräfte

In der Entschlußung, die auf der Parteikonferenz der Kommunistischen Partei der Niederlande in Amsterdam am 24. Dezember 1949 angenommen wurde, heißt es: „Nicht allein die Kraft der Sowjetunion und der Volksdemokratien ist gewaltig gestiegen, auch das riesige China hat sich der Front der friedliebenden Völker angeschlossen. In Europa wurde ein neuer Staat geschaffen, die Deutsche Demokratische Republik.“

Die Parteikonferenz begrüßt dies mit großer Freude. Sie ist überzeugt von der Wahrheit und dem historischen Gewicht der Worte Stalins.

„daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“

Die Kommunistische Partei der Niederlande führte den Kampf gegen den deutschen Faschismus, aber nicht gegen das deutsche Volk. Es liegt in dem alles beherrschenden Interesse an der Verteidigung des Friedens, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen den friedliebenden Kräften der Niederlande und Deutschland zustande kommt, vor allem mit dem Ziel, die Reste des Hitlerismus in Westdeutschland und seine Ausläufer in den Niederlanden auszurotten.

Die Kommunistische Partei der Niederlande hat es im Interesse einer friedlichen Entwicklung und des Fortschrittes für notwendig, daß die Deutsche Demokratische Republik zum östlichen Nachbarn unseres Landes wird.“

Die Kommunistische Partei der Niederlande hat den Abgeordneten Genossen Jan Haken beauftragt, auf den Großkundgebungen der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen das Ruhrstatut in Düsseldorf am 7. Januar und in Essen und Dortmund am 8. Januar das Wort zu ergreifen.

Gute Wünsche selbst erfüllen

An den offiziellen Neujahrswünschen hat es noch nie gelegen, wenn ein übles Jahr anbrach. In ihrer Mehrzahl sind sie billig und völlig unverbindlich. Aber es gibt Ausnahmen. Zu diesen Ausnahmen zählt an diesem Jahreswechsel auch die Ansprache von Trygve Lie, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen. Er sagte: „Arbeitet für den Frieden und ihr werdet ihn erlangen.“ Das ist ein sehr wahres Wort, arbeiten und kämpfen muß man um den Frieden, und sich nicht einschließen lassen durch schöne Worte, womit sich die Kriegstreiber vor Störungen sichern wollen. Der Baseler „Vorwärts“ zitiert die Ausführungen westlicher Zeitschriften über die militärischen Pläne der Vereinigten Staaten die in ihrer alarmierenden Wirkung alle bisher bekannt gewordenen überbieten. Die Pariser Zeitung „France Hebdo“ bringt in ihrer Nummer 299 einen Artikel von Joan Rovers und eines „Obersten XXX vom westlichen Generalstab“, in dem die militärischen Pläne des Chefs der amerikanischen Generalstabs General Bradley entwickelt werden. In diesem Artikel wird — durch eine Kartenskizze illustriert — unverblümt ausgesprochen, daß der Krieg, auf den sich die USA vorbereiten, ein Angriffskrieg gegen die Sowjetunion sein soll. Über den Offensivplan Bradleys wird unter anderem wörtlich ausgeführt:

„Während das nordische Armeekorps gegen Murmansk und Finnland vorgeht, stößt er in Dänemark und der Gegend von Kiel stationierte linke Flügel in Richtung Stettin, baltische Länder und Leninograd vor. Die Hauptmacht der europäischen Truppen bricht nach Warschau, Smolensk und Moskau durch. Die türkische Armee stößt gegen Odessa und die Ukraine vor.“

So muß man also den Artikel verstehen, den „Die Welt“ am Montag, dem 2. Januar veröffentlichte und in dem von dem „strategischen Hauptplan der Atlantikpakt-Mächte“ gesprochen wird, der im nächsten Monat in Paris ratifiziert werden „muß“ und dem der Entschluß zu Grunde liegt, „daß im Falle eines Krieges sofort offensive Operationen auf dem Lande und in der Luft begonnen werden sollen.“

„Wie man von Regierungsbeamten in den Haag erfährt, geht der Plan davon aus, daß Verteidigungslinien der Vergangenheit angehören und daß der einzig gangbare Weg zur Verteidigung Westeuropas im Falle eines Angriffes darin liegt, so schnell und so weit wie möglich nach Osten vorzudringen.“

Damit ist der Sinn des Besuches enthüllt, den der amerikanische Verteidigungsminister Johnson mit den amerikanischen Stabschefs Europa abstattete. Man hat einen offensiven „Verteidigungsplan“ beschlossen. Inzwischen wird bekannt, daß die Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte Anfang Februar eine „Besichtigungsfahrt“ nach Hawaii und Japan antreten. Wer diese Vorgänge unvoreingenommen prüft, kann der Sowjetunion nicht das Recht absprechen, an dieser Tätigkeit amerikanischer Generalstabschefs eine Einkreisung der Sowjetunion mit dem Ziel eines Krieges zu erkennen. Wie AP meldet, sollen amerikanische Stützpunkte auf den Inseln Formosa, in Indochina, Burma, Indonesien und den Philippinen geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang interessiert auch noch die dpa-Meldung aus Washington, wonach der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des USA-Senats, Tom Connally

... die Entsendung eines USA-Botschafters nach Madrid forderte, ohne die Aufhebung des UNO-Beschlusses vom Jahre 1946 abzuwarten. Er hob die große strategische Bedeutung Spaniens und der Pyrenäen hervor.“

(Lübecker Freie Presse, 30. Dez. 1949) Keine „optimistischen“ Neujahrswünsche

Asien im Kampf um seine Unabhängigkeit

I. Unsichere Formosa-Politik

Die restlose Liquidierung des Kuomintang-Regimes auf dem chinesischen Festland durch die chinesische Volksbefreiungsarmee und der damit im engsten Zusammenhang stehende stürmische Aufschwung der Befreiungsbewegung in den angrenzenden Gebieten zwang die fremden Mächte in Asien dazu, in aller Eile überstürzte Maßnahmen zu treffen, um zu retten, was für sie noch zu retten ist.

Präsident Truman forderte seine höchsten militärischen Ratgeber dazu auf, „geschäftig zu werden und eine „positive Politik“ in Bezug auf Asien zu entwickeln, damit seine Regierung bei der kommenden Kongreß-Sitzung von den Kritikern nicht beschuldigt werden kann, „keine Politik“ zu haben.“ (New York Herald Tribune, 30. 12. 1949)

General MacArthur, der amerikanische Oberbefehlshaber in Japan, beilegte sich hierauf, dem amerikanischen Verteidigungsrat seine Auffassung zu unterbreiten, daß

die USA trotz der traurigen Erfahrungen, die sie mit Tschiang Kai-Scheck machten, den chinesischen Nationalisten helfen müßten, die Insel Formosa zu halten. Der Verlust der 150 km vom chinesischen Festland entfernten Insel sei „undenkbar“, weil er die amerikanische Lebenslinie der Inselstützpunkte von Japan über Okinawa bis zu den Philippinen gefährden würde und das an seinem Rechtsanspruch festhält, das die USA bis zu den Marianen, den Hawaii-Inseln und zur Pazifischen Küste (wohin sie auf Grund der geographischen Verhältnisse gehören) zurückdrängen könnte.

Doch über diesen Plan McArthurs besteht offensichtlich innerhalb des amerikanischen Verteidigungsrates noch keine einheitliche Auffassung. Einige maßgebliche Leute im amerikanischen Außenministerium sollen nach einer Meldung der „New York Herald Tribune“ vom 31. Dezember 1949

„drauf vorbereitet sein, den Verlust Formosas hinzunehmen, da der Verteidigungs-

gungsausschuß Formosa nicht als lebenswichtig für die amerikanische Verteidigung bezeichnete.“

Auf eine starke Spannung in dieser Frage läßt auch die Tatsache schließen, daß der Verteidigungsminister Johnson selbst auf der Sitzung, auf der die Frage Formosa behandelt wurde, nicht anwesend war und sich, wie sein eigenes Ministerium bekanntgab, „irgendwo in Florida“ aufhielt, so daß sich Präsident Truman, ebenfalls laut „New York Herald Tribune“ vom 31. Dezember 1949, gezwungen sah, Gerüchte zu dementieren, daß Johnson zurücktreten wolle.

Wenn die Amerikaner den Plan McArthurs auf Entsendung einer Militärmision nach Formosa annehmen oder gar den Wünschen Tschiang Kai-Schecks nachgeben würden, der für Formosa einen amerikanischen General im Range Eisenhowers oder General Wedemeyers als Oberkommandierenden fordert, würden sie nicht nur das

Weitere Abwertungswelle in Sicht

Angst der Kapitalisten vor der krisenfreien Sowjetwirtschaft

Düsseldorf. (Eig. Ber. nach dpa, nach AP.) Mit einem zunehmenden Wirtschaftswachstum und Währungskrieg der kapitalistischen Staaten untereinander rechnen führende amerikanische Wirtschaftsexperten. Trotzdem soll der naturgegebene Handel Westeuropas und Westdeutschlands mit den Ländern des Ostens nach wie vor sabotiert werden.

So behauptet z. B. der Korrespondent der Associated Press, Richard O'Regan, daß die Sowjetunion eine neue Aktion gestartet habe, um Westdeutschland für sich zu gewinnen. Die Sowjetunion beabsichtige, der westdeutschen Industrie eine fünfprozentige Ausfuhrsteuer zu bieten. Ein derartiges Angebot könne für die Westalliierten katastrophale Folgen haben.

In Wirklichkeit sind es die eigenen, ihrem kapitalistischen System innewohnenden Widersprüche, die zu solchen katastrophalen Folgen führen. Der Präsident des amerikanischen Betriebswirtschaftlichen Instituts, Jackson Martinell, erklärte nach seiner Rückkehr, daß in England die Angst vor der deutschen und französischen Konkurrenz ständig wachse und daß in zahlreichen europäischen Ländern ein regelrechter Währungskrieg ausgebrochen sei. Martinell fügte hinzu, daß nach seiner Meinung in Kürze eine weitere Abwertungswelle über Europa hinweggehe werde.

Daß es sich bei dieser Erklärung nicht nur um eine Vermutung handelt, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß einige Gläubiger Großbritanniens bereits jetzt nach der Abwertung ihres Sterlingguthabens unter Paris verkaufen, um sich Dollardevisen zu beschaffen. Während der offizielle Umtauschkurs 2,80 Dollar für ein Pfund Sterling beträgt, wird das Pfund Sterling bereits zu 2,40 Dollar gehandelt.

Auch der Marshallplan-Administrator Hoffman, ist mit der Entwicklung in West-

europa nicht zufrieden. Er fordert von den wechselseitig im Wirtschaftskrieg befindlichen Ländern, daß sie sich im amerikanischen Interesse möglichst bald wirtschaftlich zusammenschließen und macht davon die Hergabe weiterer Marshallplangelder abhängig. Auch will die Marshallplan-Verwaltung in Zukunft auf die Verwendung der Marshallplan-Gegenwerte in den einzelnen Ländern entscheidenden Einfluß nehmen.

Die Kohlenförderung in den Vereinigten Staaten ist im vergangenen Jahre um 28 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang ist nicht nur auf die Ausfälle durch Streiks, sondern auch auf das Absinken der amerikanischen Kohlenexporte zurückzuführen. Der Rückgang bei der Erzeugung von Erdöl-Kraftstoffen beträgt 8 Prozent.

Der amerikanische Landwirtschaftsminister hat die amerikanischen Farmer aufgefordert, die Maisanbaufläche im Jahre 1950 um 12,9 Prozent zu verringern, da bereits jetzt ein Uebervorrat von 927 Millionen Bushel vorhanden sei.

Die Zahl der belgischen Werftarbeiter ging im Jahre 1949 von 17 000 auf 11 700 zurück. Auch in der britischen Schiffbauindustrie ist die Konjunktur zu Ende. Diese Feststellung machte der Präsident der britischen Schiffbauvereinigungen.

New York. (sp) Angesichts des starken Auftragsrückganges bei britischen Werften und denen anderer europäischer Länder, sei es eine „Ironie“, die deutschen und japanischen Werften mit dem Geld amerikanischer Steuerzahler wiederaufzubauen, erklärte der Präsident des Rates der Schiffsbauer in Amerika, H. Gerrish Smith, am Sonntag.

Düsseldorf. (nach dpa) Der britische Leiter der Vereinigten Kohlenkontrollgruppe in Essen, Mr. H. E. Collins, und der

britische Finanzberater der Gruppe, Mr. H. W. Hembry, scheiden aus der Vereinigten Kohlenkontrollgruppe aus. Die Ernennung von Nachfolgern wird in Kürze erfolgen.

Niemöller distanziert sich

Wiesbaden. Eine Intervention für den ehemaligen Gauleiter und Massenmörder Koch, der an die polnische Regierung zur Aburteilung für seine in Polen verübten Kriegsverbrechen ausgeliefert werden soll, lehnte Pastor Niemöller ab, mit der Begründung, man habe bisher mit den Kriegsverbrechern nur schlechte Erfahrungen gemacht und er könne auch die Freude von Bundespräsident Heuß über die am Jahresende erfolgte Freilassung einiger in Landsberg inhaftierten Kriegsverbrecher nicht teilen, besonders da hierbei wahrscheinlich politische Motive mitgespielt hätten.

Besser als in Flüchtlingslagern

Berlin. Berliner Geistliche, die während der Weihnachtsfeiertage in den Internierlagern der Deutschen Demokratischen Republik predigten, haben wie dpa meldet, den Eindruck einer menschlichen Unterbringung gewonnen. Propst Grüber, der Bischof Dibelius ins Lager Sachsenhausen begleitete, betonte, die Menschen standen gut angezogen, gepflegt und normal ernährt, in zwangloser Unterhaltung herum. Es sei ein unverzeihliches Unrecht, die Internierungslager mit den KZ's Hitlers in einem Atemzug zu nennen. Was die Unterbringung, Verpflegung und die sanitären Einrichtungen angeht, so übertraffe diese die der Flüchtlingslager in den Westzonen, die er gesehen habe.

Neues Stahlwerk in Sachsen

Dresden. (EB) Die neuerrichtete Stahlformgießerei „Georg Schwarz“ in Olbersdorf bei Zittau verfügt über zwei Kupolöfen und zwei Bessemerbirnen, die von der volkseigenen Industrie des Landes hergestellt wurden. Die neue Stahlformgießerei wird den Bedarf der ostsächsischen Industriebetriebe an Stahlformgüßteilen decken. Am 1. Mai nächsten Jahres wird der zweite Bauabschnitt des Stahlwerkes fertiggestellt, und die Stahlformgießerei damit ihre Produktion auf das Achtfache erhöhen. Außerdem wird ein Elektro-Schmelzofen aufgestellt, der die Anfertigung von rostfreien Edeltählen für die Werkzeugherstellung ermöglicht.

Der Stahl, der hier heute zum ersten Male fließt, wird nicht imperialistischen Kriegszwecken dienen, sondern für den friedlichen Aufbau und die Festigung des demokratischen Lagers der Welt verwendet“, erklärte der sächsische Wirtschaftsminister Ziller. Der Präsident der Volkskammer, Johannes Diekmann, beglückwünschte die Arbeiter der neuen volkseigenen Gießerei zu ihren Erfolgen.

Neuer polnischer Protest in Paris

Warschau. Die polnische Regierung hat sich in einer neuen Note in Paris über mangelnde Sicherheit der polnischen Regierungen in Frankreich beschwert, wie die polnische Nachrichtenagentur bekannt gab. Diese Note folgt den Verhandlungen und Ausweisungen polnischer Bürger aus Frankreich, die seit November vorigen Jahres durch die französische Regierung systematisch betrieben wurde. Die französische Regierung wird in der Note weiter beschuldigt, antidemokratische polnische Emigrant-Organisationen zu unterstützen und polnische Diplomaten und Konsularbeamte widerrechtlich verhaftet zu haben. Die französische Regierung wird aufgefordert, der Unterstützung anti-polnischer Elemente in Frankreich ein Ende zu setzen.

Pressestimmen

Die Völker Europas blicken mit Vertrauen auf die Deutsche Demokratische Republik

Die Frage der Wiederaufrüstung Westdeutschlands bleibt nach wie vor auf der Tagesordnung. Wenn Adenauer und Schumacher diskreter geworden sind, dann deshalb, weil sie sich darüber Rechenschaft abgelegt haben, daß der Plan, die Westdeutschen zu Landsknechten der westlichen Koalition zu verwandeln, auf den Widerstand der deutschen Arbeiter stößt. In Deutschland sind wie überall die Erinnerungen an die Leiden des Krieges noch lebendig, als daß es möglich wäre, die Zustimmung der Volksmassen zu einer Politik zu erlangen, die zu neuen Massakern führt. Man versteht, daß unter diesen Umständen die Völker Europas mit Vertrauen auf die Deutsche Demokratische Republik blicken. Ihre Entwicklung stellt sich wirksam der verbrecherischen Tätigkeit der revanchelistischen Clique von Bonn in den Weg. Sie stellt für das deutsche Volk ein Beispiel und ein Muster dar, einen Anziehungspunkt,

um den sich früher oder später die Einheit des demokratischen Deutschland verwickeln wird. Man darf die historische Rolle dieses neuen Deutschland, in dem die Wurzeln des Faschismus und des Imperialismus ausgerottet wurden, nicht unterschätzen.

Pierre Courtade in der „Humanité“, Paris

Abbau der Kriegswirtschaft, Aufbau der Friedenswirtschaft

Die 4000 Mann starke Belegschaft der Schiffreparaturwerkstatt Wismar (Mecklenburg) spricht den Angeklagten im Demontageprozeß ihre Sympathie und Solidarität aus und protestiert gegen den angestrengten Prozeß. Die Angeklagten, so heißt es in einer Entschlußung, haben sich für den wirtschaftlichen Existenzkampf ihrer deutschen Heimat eingesetzt und haben versucht, die Demontage abzuwehren. Wir fordern Abbau jeder Kriegswirtschaft und aller militärischen Rüstung, wir fordern Abbau der deutschen Friedenswirtschaft.

Hüter des Friedens

„Höhen und Tiefen eines halben Jahrhunderts“ heißt die Überschrift einer Bilderchronik in der Wochenendbeilage der „Frankfurter Rundschau“ vom 1. Januar 1950. Der Höhepunkt in der ersten Jahrhunderthälfte war:

„1917. Das Zarenreich bricht zusammen und damit lassen politische Erschütterungen die Throne in aller Welt nicht mehr zur Ruhe kommen. Wladimir Iljitsch Uljanow Lenin fordert nach der Ermordung der Zarenfamilie und dem Sturz der Kerenski-Regierung den Frieden mit den Mittelmächten.“

Von diesem Zeitpunkt ab entwickelt sich in einem Sechstel der Erde die erste Friedensmacht der Welt: Die sozialistische Sowjetunion. Ihr Aufruf zum Frieden: An alle wurde von den imperialistischen Mächten mit Interventionskriegen, Sabotageakten und Wirtschaftsblockaden beantwortet. Die Sowjetunion trug den Sieg über alle Feinde davon. Die Jahre des Aufbaus des Sozialismus folgten.

Bis die aggressivsten Kräfte der krieglusternen Monopolisten, die deutschen Faschisten, die Menschheit in einen neuen Weltkrieg stürzten. Aber die sozialistische Sowjetunion ist zu einer mächtigen Beschützerin der Menschheit geworden. Die große Wende zur Befreiung der unterdrückten und versklavten Völker erkämpften die heldenhaften Arbeiter und Bauern der Sowjetarmee auf den Trümmern jener Stadt, die nach dem Führer der internationalen Arbeiterbewegung Stalingrad heißt, zu dem Bilde dieser todwunden Stadt:

Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt: „1943. Aber Stalingrad ist bereits zu vielen Müttern, Frauen und Bräuten ins-

Herz gebrannt. In den Mauern dieser Stadt, an der Wolga, bricht der Größenwahn eines gewissenlosen Regimes zusammen. Dem „genialsten Feldherrn aller Zeiten“ ist ein Meister erstanden. Während im Führerhauptquartier und im Oberkommando der Wehrmacht das Schicksal der eingeschlossenen Einheiten bereits bekannt ist, wird der besorgten Bevölkerung die bittere Wahrheit lange verschwiegen. Unterdessen spielen sich unter den Eingeschlossenen herzzerreißende Szenen ab. Wie viele deutsche Soldaten der Hölle von Stalingrad entrannten und wie viele den Weg in die Gefangenschaft überstanden, weiß niemand und wird nie jemand erfahren!“

Nie werden die Millionen Eltern, Mütter und Frauen erfahren, wo die faschistischen Kriegsverbrecher ihre Lieben als Kanonenfutter geopfert haben; — und doch greifen schon fünf Jahre später neue Hetzer wieder nach den Söhnen, Vätern und Gatten. Heute sind es noch Worte — doch morgen schon kann die Erde brennen, wenn — ja wenn die Friedliebenden sich nicht im Lager des Friedens zum Kampf gegen den Krieg vereinen. Die Worte des weisen Führers der Sowjet-Völker an das deutsche Volk:

„Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“ sollten den friedliebenden deutschen Menschen Mahnung und Aufruf sein, daß die zweite Hälfte des Jahrhunderts Jahrzehnte des Friedens sein werden; „daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.“

ten können diese Tatsachen ungeschehen machen. Max Reimanns Artikel „Zur Jahreswende“ zeigte die Aufgaben, die vor den Werktätigen stehen.

„Nur die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und eine kämpfende Nationale Front des demokratischen Deutschlands kann der verhängnisvollen Politik der Adenauer-Regierung Einhalt gebieten, den Frieden sichern und unserem Volke die Einheit und das Selbstbestimmungsrecht geben.“

Von grundsätzlicher Bedeutung und richtungweisend für alle Deutschen war aber auch die Neujahransprache des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Wilhelm Pieck. Er sagte mit Bezug auf die westdeutschen Politiker:

„Sie reden von Frieden und unter-

stützen durch ihre Hetze die Kriegsvorbereitungen. Sie reden von der Einheit und betreiben eine immer tiefere Spaltung Deutschlands. Sie reden von der Befreiung des Ostens und machen Westdeutschland zur Kolonie der imperialistischen Westmächte. Sie reden von Wohlstand und machen Millionen Menschen arbeits- und brotlos. Sie reden von nationaler Unabhängigkeit und machen das Bonner Parlament und die Bonner Regierung zu gefügigen Werkzeugen der Hohen Kommissare. So rufen wir die westdeutsche Bevölkerung zum Kampfe um den Frieden und um die Einheit Deutschlands, zur Schaffung der Nationalen Front auf, Gemeinsam mit ihnen wollen wir für ganz Deutschland die einheitliche, demokratische und friedliebende Republik. E.M.

5½ afzüchter gegen Freihandel

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Schafzüchter teilt mit, daß im Rahmen des liberalisierten deutsch-holländischen Handelsvertrages zur Zeit Schlachtschafe in erheblichem Umfang eingeführt werden. „Wir erleben hier“, so heißt es in der Mitteilung, „die ersten Auswirkungen der Auflockerungen der europäischen Handelsbeziehungen, wie sie im Rahmen des Europaplanes unter dem Druck der Amerikaner schnellstens durchgeführt werden soll.“ Die Arbeitsgemeinschaft hat erneut beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den Antrag gestellt, die Einfuhr von Schlachtschafen dem gemeinsamen deutsch-holländischen Regierungsausschuß vorzulegen, da dadurch die deutsche Schlachtschafzucht, die zur Zeit schon nicht mehr abzusetzen ist, geschädigt wird.

Keine Düngemittelverbilligung in Aussicht
Das Bundesernährungsministerium weist darauf hin, daß eine weitere Verbilligung der Düngemittel nicht zu erwarten ist. Die Düngemittelfabriken hatten nach Ablauf der Subventionszahlung von sich aus die Düngemittel zu den bisherigen Preisen weiter geliefert, um den von Absatzrückgängen bedrohten Markt wieder in Gang zu bringen. Die von dem Bundestag bewilligten Subventionen dienen nicht zur Verbilligung der Düngemittel, sondern fließen den Düngemittelfabriken als Ausgleichszahlungen zu.

Bekämpfung des Kartoffelkäfers

Um den Pflanzenschutz und die Schädlingsbekämpfung auf internationaler Basis vorwärts zu treiben, fanden zwischen dem Präsidenten des Internationalen Komitees zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers, Dr. Wilkins, London, und Vertretern der westdeutschen Landwirtschaftsbehörde vorbereitende Besprechungen zur Einbeziehung von Westdeutschland in das internationale Komitee statt.

So sehr diese Aufnahme von Beziehungen und die Koordinierung des Pflanzenschutzes und der Schädlingsbekämpfung zu begrüßen ist, so sehr ist auch zu hoffen, daß sich die Vertreter der Agrarwissenschaft und des praktischen Landbaus auf der Gesamtdeutschen Beratung im Frühjahr zu einer innerdeutschen Verständigung auf diesem Gebiete finden.

Schlechte Berufsausbildung in der Landwirtschaft

Das Ergebnis der Erhebung über die praktische Berufsausbildung in der Landwirtschaft durch die VEFL hat ergeben, daß fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Lehrstellen in Westdeutschland unbesetzt sind. Als Gründe hierfür nennt das Bundesernährungsamt: Unkenntnis der beruflichen Möglichkeiten und die Abneigung der Bauern, ihre Kinder in fremde Lehre zu geben.

Wir sind der Auffassung, daß die wirklichen Ursachen in der Politik der Doktoren Schlangenschönigen und Niklas zu suchen sind. Die Bauern sind gezwungen, ihre Kinder im eigenen Betrieb zu beschäftigen, weil bei dem geringen Einkommen fremde Arbeitskräfte nicht beschäftigt werden können.

Wenn in Württemberg-Baden mit seinen vorwiegend kleinen und Mittelbauernwirtschaften in den letzten zweieinhalb Jahren 40 Prozent der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte abgewandert sind, dann doch nur deshalb, weil die Bauern nicht in der Lage sind, einen angemessenen Lohn zu bezahlen.

Illegale Weineinfuhr

Das Ueberhandnehmen von Weinangeboten französischen Ursprungs in Westdeutschland wird, wie die Wirtschaftszeitung meldet, darauf zurückgeführt, daß über Südbaden französische Spirituosen und eiselsische Weine hereinkommen.

Ein Gesetz zum Schutz der Landarbeiter

In der der Deutschen Demokratischen Republik mit den Industriearbeitern gleichgestellt Auch im Westen Kampf um soziale Rechte organisieren

Die Deutsche Demokratische Republik hat durch das „Gesetz zum Schutz der Arbeitskraft“ der in der Landwirtschaft Beschäftigten die Landarbeiterschaft der Industrie- und Bergarbeiterschaft gleichgestellt. Das von der provisorischen Volkskammer verabschiedete Gesetz sichert den Landarbeitern eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit von acht Stunden — Fütterung und Pflege der Tiere mit einbezogen. Ueberschreitungen dieser Arbeitszeit sind während der Frühjahrsbestellung und der Ernte zulässig, dürfen aber nicht mehr als dreihundert Stunden im Jahr betragen und müssen als Ueberstunden mit einem Zuschlag entsprechend dem Tarifvertrag bezahlt werden.

Während in Westdeutschland die Durchführung einer demokratischen Bodenreform verhindert wird und die Wohn- und Arbeitsbedingungen zahlreicher Landarbeiter und Flüchtlinge allen Beschreibungen spotten, wird in der Deutschen Demokratischen Republik durch dieses Gesetz zum Schutze der Landarbeiter der gleiche Lohn bei gleicher Arbeit und gleicher Leistung, unabhängig von Geschlecht, Alter, Familienstand, Religion und Rasse, ausdrücklich gewährleistet. Ausreichender menschenwürdiger Wohnraum, Kündigungsschutz, Anspruch auf Erholungsurlaub zwischen zwölf und achtzehn Tagen (bei besonders schwerer Arbeit bis vierundzwanzig Tage), Krankengeld und gesetzlicher Arbeitsschutz werden den Landarbeitern zugesichert. Verletzung oder Nichtbeachtung des Gesetzes werden mit öffentlicher Verwarnung, im Wiederholungsfalle mit Gefängnis und Geldstrafen bestraft.

Prozeß der Demokratisierung
Mit der Durchführung der demokratischen Bodenreform hatte der Prozeß der Demokratisierung des Dorfes in Ostdeutschland begonnen. Landarme Bauern hatten ein Stück Land hinzubekommen und Umsiedler und ein großer Teil Landarbeiter waren Neubauern geworden. Mit Hilfe der demokratischen Organisationen wurden Neubauernhöfe gebaut, Maschinenausleihstationen

eingerrichtet und der Absatz der landwirtschaftlichen Produktion geschützt. Diejenigen aber, die Landarbeiter blieben und die an den Erfolgen der Landwirtschaft wesentlich beteiligt sind, hatten nicht im gleichen Verhältnis Anteil an den Früchten des demokratischen Aufbaus und an der Verbesserung des Lebensstandards, wie die Industriearbeiter.

In sozialen Rechten gleichgestellt
Die Landarbeiter hatten wohl Tarifverträge, die ihnen eine bessere Bezahlung zusicherten, als sie in den westlichen Ländern üblich ist; aber die Landarbeiterschaft war in ihren sozialen Rechten noch nicht der Industriearbeiterschaft gleichgestellt.

Mit diesem Gesetz sind nun aber den Landarbeitern in der Deutschen Demokratischen Republik bedeutsame, grundsätzliche neue Rechte und Vorteile gewährt worden, und ein weiterer Erfolg in der Demokratisierung des Dorfes in der Deutschen Demokratischen Republik ist damit erzielt.

Das Beispiel Italiens
Aber noch ein weiteres Moment hat die Aufmerksamkeit der westdeutschen Landarbeiter und Kleinbauern geweckt. Es ist der heroische Kampf der italienischen Landarbeiter, der uns zeigt, welcher Weg gegangen werden muß, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß, ähnlich wie in der Deutschen Demokratischen Republik, die landarmen Bauern Boden bekommen und den Landarbeitern menschenwürdige Wohnmöglichkeiten, regelmäßige Arbeitszeit, ausreichender Lohn und soziale Einrichtungen gesetzlich gesichert werden. Ähnlich wie in Italien müssen sich auch hier die Landarbeiter in der Gewerkschaft organisieren, um ihre Forderungen durchzusetzen. Gemeinsam mit den Pächtern, Heuerlingen und anderen landarmen Bauern muß sich die gewerkschaftlich organisierte Landarbeiterschaft in Westdeutschland für die Entgegnung der Junker, für den Aufbau einer selbständigen gesamtdeutschen Landwirtschaft einsetzen, die nicht mehr durch die katastrophale Wirtschaftspolitik der Adenauer-Regierung und durch Lebensmittelinlieferungen über den Marshallplan dem Ruin entgegengeführt wird.

Kann uns die Erde noch ernähren?

Von Arthur Breitfelder, München

Auf der Erde wohnen, wenn man den internationalen Schätzungen glauben darf, 2,3 Milliarden Menschen. Der jährliche Bevölkerungszuwachs beträgt 20 bis 25 Millionen. Ob allerdings diese Zahlen richtig sind, kann mit Sicherheit nicht gesagt werden. Weite Gebiete werden bekanntlich durch nicht einwandfreie Statistiken erfährt. Man denke nur an China, Indien, Südostasien, Afrika, Südamerika u. a. Ueber den Bevölkerungszustand und die Bevölkerungszunahme wird neuerdings sehr viel geschrieben und gesprochen. Besonders die Bevölkerungszunahme erregt die Gemüter.

Zweifellos werden bei der Herausstellung der Bevölkerungszahlen bestimmte dunkle Ziele verfolgt. Auch will man damit erklären, warum viele Millionen Menschen noch immer hungern müssen. Man braucht sich dann natürlich nicht darüber zu wundern, wenn die Schlußfolgerung gezogen wird, daß auf Grund der Bevölkerungszunahme und des Bevölkerungsüberschusses etwas geschehen müsse zur Verminderung der Bevölkerungszahl. Dieses „Etwas“ ist der Krieg! Die Theorie von der Uebervölkerung der Erde ist nichts Neues. Bereits vor hundert Jahren hat Karl Marx nachgewiesen, daß die Malthussche Bevölkerungstheorie von falschen Voraussetzungen ausgeht. Malthus wollte beweisen, daß die Zunahme der Lebensmittelezeugung viel geringer ist als die Zunahme der Bevölkerung. Marx wies nach, daß diese Annahme unrichtig ist, sondern, daß die Menschen im Gegenteil fähig sind, weit über ihren Bedarf hinaus zu produzieren. Daß Marx recht hat, beweisen uns die immer wieder auftretenden Agrarkrisen, in denen ein verhältnismäßiger Ueberschuß an Nahrungsmitteln und Agrarprodukten besteht. Die Kapitalisten bekämpfen die Ueberproduktion an Lebensmitteln durch Einschränkung der Erzeugung und Vernichtung der Nahrungsmittel. Wir haben dies in größten Ausmaßen miterlebt Anfang der dreißiger Jahre während der Agrarkrise. Weizen wurde ins Meer geschüttet, Kaffee verbrannt, Rinderherden vernichtet, und weite Ländereien verfielen.

Kein neuer Lebensraum

Daß durch einen Krieg nicht „neuer Lebensraum“ geschaffen wird, beweist uns der zweite Weltkrieg und die Nachkriegszeit. Obwohl in diesem Kriege etwa 50 Millionen Menschen umkamen, war nach dem Kriege nicht mehr „Lebensraum“ vorhanden, sondern weniger.

Trotzdem spricht man in einigen Ländern bereits wiederum von der Einschränkung der Lebensmittelproduktion. So erklärte kürzlich der amerikanische Landwirtschaftsminister Brannan vor dem internationalen Ernährungsausschuß, daß die Vereinigten Staa-

ten ihre Erzeugung einschränken müßten. Als Begründung dafür führte er zwar die Erosionsgefahr an, doch war er gezwungen, zuzugeben, daß der entscheidende Grund die Furcht vor einer Ueberproduktion ist.

Wie sieht es nun mit der Ernährung der Bevölkerung der ganzen Erde aus? Der angesehenste Wissenschaftler, Sir John Russell erklärte kürzlich vor der British Society, daß der Mensch noch nicht einmal ein Zehntel der Erdoberfläche nützt. Neunzig Prozent der gesamten Erdoberfläche stehen uns also

noch zur Verfügung. Dies allein gibt zu denken. Unter den heute noch brachliegenden Gebieten gibt es zwar ausgedehnte Flächen, die nur durch Einsatz großer technischer Mittel erschlossen werden könnten. Doch sind alle Voraussetzungen gegeben, um auch diese Gebiete zu erschließen. Man ist heute sogar fähig Wüsten zu kultivieren. Den Beweis dafür liefern verschiedene Länder. Das grandioseste Beispiel gibt uns die Sowjetunion, die nach der Erschließung einiger kleinerer Gebiete nun Millionen Hektar



Im Winter heuer scheint Schnee, Eis und Raureif für viele eine Angelegenheit der Bilderinnerung bleiben zu wollen.

Ja, Bauer, das sind zwei Paar Stiefel

Adlige Großgrundbesitzer sollen von der Soforthilfenabgabe befreit werden

Die schleswig-holsteinischen feudalen Großgrundbesitzer haben sich bereit erklärt, von ihren 293 000 ha Land, die nach dem Bodenreformgesetz unter die Aufteilung an Neubauern und landlose Bauern fallen sollen, 30 000 ha Land freiwillig abzutreten. Der bekannte günstige Wind hat uns ein Dokument auf den Redaktionstisch geweht, in dem die Abmachungen der Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes mit der Regierung von Schleswig-Holstein festgelegt sind. Das Dokument ist von 39 Grafen, Baronen, Prinzen und Herzögen unterzeichnet. Aus dem Dokument geht hervor, daß die Regierung die Großgrundbesitzer von den Soforthilfeabgaben ihres gesamten Großgrundbesitzes befreit, was bedeutet, daß die Regierung rund 1,5 Millionen Mark für die Herren Großgrundbesitzer aus dem allgemeinen Steuersäckel für den Soforthilfe-

fonds aufbringt. Die Ländereien des Herzogs von Schleswig-Holstein haben einen Gesamteinheitswert von 5,4 Millionen Mark; für ihn bezahlt die Regierung 111 000 DM. Erbgroßherzog Nikolaus von Oldenburg hat 7196 ha Landbesitz mit einem Einheitswert von 7,2 Millionen DM, wofür die Regierung 166 000 DM Soforthilfe übernimmt. Die Liste könnte noch über einige Seiten fortgeführt werden und man findet darunter Namen, die in Schleswig-Holstein in der Vergangenheit der Bauernlegerei eine ebenso berüchtigte Rolle gespielt haben, wie jetzt wieder in den jüngsten Kriegsabenteuern, die unserem Volk viel Blut und Tränen verursacht haben.

Aber nicht genug damit, daß die Großgrundbesitzer von den Soforthilfeabgaben befreit werden, durch den Dreh der freiwilligen Landabgaben und dem damit verbun-

den Geheimabkommen mit der sozialdemokratischen schleswig-holsteinischen Regierung sollen sie in Zukunft von jeder weiteren Bodenabgabe befreit werden.

Mit welcher Dreistigkeit diese Prinzen und Herzöge gegen das arbeitende Volk, also die überwiegende Mehrheit der Steuerzahler vorgehen, beweist ihre auch von der Regierung anerkannte Forderung, daß der Staat die Vergütung des Saatenstandes zum Zeitpunkt der Uebergabe übernimmt. Laut Bodenreformgesetz vom 12. 3. 1948 werden dem Staat bzw. einer von ihm eingesetzten Behörde die 293 000 ha Bodenbesitz des schleswig-holsteinischen Adels ebenso wie seine Nutzung mit der Verkündung des Gesetzes unterstellt. Bei einem, vom schleswig-holsteinischen „Landboten“ errechneten Durchschnittsüberschuß von 94 DM pro ha ergibt sich die nette Summe von 23 Millionen DM, die dem Großgrundbesitz in Schleswig-Holstein durch kostenlose Ueberlassung der Bodenbenutzung seit dem 12. März 1948 geschenkt wurde.

Das Abkommen der schleswig-holsteinischen Großgrundbesitzer mit der Regierung sieht ferner vor, daß entgegen dem Gesetz der Großgrundbesitzer von der Waldabgabe völlig befreit wird. Der Einheitswert des Waldes beträgt im Durchschnitt 500 DM pro ha. Es ist aber bekannt, daß ein schlagreifer Wald unter Umständen den zehnfachen Wert erreicht. Da man aber zum Bauen auch Holz braucht, haben sich die Herren Großgrundbesitzer großzügig bereit erklärt, Kompensationsgeschäfte Holz gegen Land zu machen. Ein weiterer Verstoß gegen das Bodenreformgesetz ist die Aufteilung der Einzelhöfe an Familienmitglieder und Verwandte, womit sie schon jetzt jeder weiteren evtl. Landabgabe einen Riegel vorschieben wollen.

Diese Machenschaften der feudalen Großgrundbesitzer mit der sozialdemokratischen Regierung in Schleswig-Holstein treffen die Bauern durch vermehrte Steuern, die sie für die den Großgrundbesitzern geschenkten Soforthilfeabgaben aufbringen müssen, aber auch die rund 25 000 Bodenbewerber, die immer noch hoffen, einmal in den Besitz von eigenem Grund und Boden zu kommen, sowie alle Steuerzahler schlechthin.

Da das Beispiel von Schleswig-Holstein in ganz Westdeutschland nachgeahmt werden könnte, liegt es im Interesse aller westdeutschen Bauern und Bodenbewerber, gegen diesen Angriff der Rittergutsbesitzer zu protestieren.

Es ist bezeichnend!

Bisher keine Marshallplan-Gelder zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung
Die schon vor einem Jahre angekündigten Marshallplan-Mittel zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, die im Rahmen eines sogenannten Drei-Jahres-Planes zur Intensivierung der westdeutschen Landwirtschaft von der VEFL beantragt wurden, sollen erst im kommenden Frühjahr mit einem Teilbetrag in Höhe von 75 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. In Kreisen der Landwirtschaft hat man die Hoffnung auf ein Eintreffen der Zuschüsse, die insgesamt mit 785 Millionen DM aufgeführt werden, bereits aufgegeben.

Wüstenland in Kulturland verwandelt. Allein durch die Projekte am Jenisei- und Obfluß werden 50 Millionen Hektar bewässert. Bekanntlich wird dort bereits die Atomenergie ausgenutzt.

Produktion kann vervielfacht werden
Es zeigt sich also, daß Flächenmäßig gesehen, die Erzeugung von Nahrungsmitteln in kürzester Zeit verdoppelt, ja vervielfacht werden könnte. Sogar in den seit alten Zeiten kultivierten Gebieten Europas und Deutschlands könnte die Nahrungsmittelproduktion vervielfacht werden.

Agrarwirtschaftler in Westdeutschland haben schon längst darauf hingewiesen, daß auch bei uns noch ungeheure Produktionsreserven vorhanden sind. Man denke nur daran, daß die Hektarerträge in einer Gemeinde oft sehr verschieden sind. Es gibt Fälle, wo auf gleichem Boden und unter gleichen Klimaverhältnissen Unterschiede von zwei- bis dreihundert Prozent und mehr des Ernteertrages auftreten. Die Ursache ist darin zu sehen, daß viele Landwirte untaugliche Anbaumethoden anwenden, und daß die Besitzverhältnisse und das mangelnde Kapital es nicht gestatten, die neue Technik einzusetzen. Die Ursache dafür liegt in dem heutigen Wirtschaftssystem und der westdeutschen Agrarpolitik.

Möglichkeiten der Ertragssteigerung

Sehen wir uns einmal die Möglichkeiten einer Ertragssteigerung unserer Böden allein durch eine richtige Bodenbearbeitung an. Der Mehrzahl der Bauern wird durch das kapitalistische Wirtschaftssystem die Möglichkeit der Nutzung moderner Maschinen, ja eines modernen Pfluges (wir denken dabei an einen Untergründelocker und dergleichen) genommen. Ähnlich liegt es bei der Verwendung des Kunstdüngers. Was schert es die Kapitalisten, daß Millionen kleiner Bauern nicht in der Lage sind, genügend Kunstdünger auf ihre Felder zu bringen und die nötige Unterweisung der einfachen Menschen auf dem Lande zu einer gesunden Düngelern nicht stattfindet. Unsere Ernten könnten stark vermehrt werden, wenn der Erhaltung der Humusstoffe mehr Sorgfalt gewidmet würde.

Auch in der tierischen Produktion wären riesige Steigerungen möglich. Es ist gar nicht so selten, daß zum Beispiel die Milchträge in einer Gemeinde und sogar im gleichen Stall größten Schwankungen unterworfen sind. Es gibt Kühe, deren jährlicher Milch-ertrag nur 1500 Liter beträgt. Auf der anderen Seite stehen die Erträge von „Rekordkühen“ mit 6000 bis 10 000 Litern jährlich. Es ist kein Zweifel, daß durch die Herausbildung besserer Rinderrassen der Milch-ertrag verdoppelt und verdreifacht werden könnte. Der Anfang dazu ist bereits gemacht, doch ist wiederum das heutige Wirtschaftssystem das entscheidende Hindernis der Erzeugungssteigerung.

Es ist Platz für alle da

All die oben aufgezeigten Möglichkeiten beweisen, daß die Menschheit heute alle Voraussetzungen dazu hat, die Nahrungsmittelproduktion zu verdoppeln oder zu verdreifachen. Neben diesen zum Teil bereits in die Praxis eingegangenen Möglichkeiten hat die Wissenschaft bereits eine ganze Anzahl neuer Methoden entwickelt, die erwarten lassen, daß wir in der Zukunft unsere Produktion auf das Zehnfache steigern könnten. Man denke nur an die Hormonforschung, Erzeugung neuer Pflanzen, neuer Terrassen usw.

Für jeden klardenkenden Menschen ergibt sich also, daß wir keine Furcht haben müssen, die Menschheit könnte auf der Erde nicht genug „Lebensraum haben“. Es ist Platz für alle da. Dagegen ist kein Raum mehr für ein Wirtschaftssystem, das alle Möglichkeiten der Lebensmittelproduktion abbremsst und schließlich einen Zustand herbeiführt, wo in einem Teil der Welt Lebensmittel vernichtet werden, während im andern Teil Menschen hungern. Das kapitalistische System hat sich überlebt. Wer heute noch darauf spekuliert, dieses System durch einen Krieg zu retten, wird zum Verbrecher an der gesamten Menschheit.

„Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder...“

Winke für den Landmann

Im Januar
setzt in der Regel starker Frost ein und macht jegliche Außenarbeit unmöglich. Der Kleingärtner, der meist auch Kleintierhalter ist, widmet deshalb seinen Tieren besondere Sorgfalt. In den Ställen stehen die von uns bereits erwähnten Sand- oder Aschebäder für die Hühner, damit sie sich ungezweifelt halten können. An Ställen, die nicht aus genügend festem Mauerwerk bestehen, werden an den Türen und Fenstern zusätzlich noch Strohmatte angebracht, die man abends, wenn kalte Nächte zu befürchten sind, herunterläßt. Dort, wo man nach dem Schlachten sich zur nächstjährigen Schlachzeit wieder ein Ferkel anzuschaffen gedenkt, ist an den genügend großen Einstreu-Strohvorrat zu denken. Denn daran darf es an den kalten Tagen nicht fehlen, wenn es die Tiere nicht in die Beine bekommen sollen. Eine Befütterung von gutem Futterkalk ist dringend anzuraten.

Alle Tiere
dürfen kein gefrorenes Futter bekommen. Ganz besonders ist bei den in die hohe Tracht kommenden Ziegen und Schafen darauf zu achten, daß kein gefrorenes Futter verabreicht wird. Im Schafstall, wo evtl. noch Bock und Muttertiere im selben Stall laufen, macht man zwei Abteilungen und sondert die Böcke ab. Trinkwasser gibt man in abgeschrecktem Zustand.

Die Gerätekammer
verträgt allenfalls auch in diesen Tagen einen prüfenden Blick. Ersatzteile erst zu beschaffen, wenn man die Teile braucht, bringt immer Ärger mit sich, denn nicht immer ist in den Geschäften alles so vorhanden, wie man es gerade wünscht. Auch Stiele für Hacken und sonstige Geräte überprüfen man auf ihre Zuverlässigkeit. Wer die blanken Eisenteile noch nicht mit dem nötigen Rostschutzmittel versehen, hole dies schnellstens nach.

Im Bienenhaus
herrscht völlige Ruhe. Das heißt, der Bienenfreund überzeuge sich, ob dies auch tatsächlich der Fall ist, damit er die nötige Abhilfe schaffen kann. — Ein dauerndes Nachsehen der Räumlichkeiten und der darin lebenden Tiere bringt Erfolg und Freude an allem auch in der Winterzeit.

HUMOR DES ALLTAGS

Der nette Papagei

„Warum haben Sie denn nur Ihre Verlobung mit Susanne gelöst?“
„Jedesmal, wenn ich mich verabschieden wollte, rief ihr Papagei, bleib noch ein bißchen, Hugo!“

„Aber das ist doch nett.“
„Ja, aber ich heiße nicht Hugo.“

Hasenjagd

Prüschel hat sich eine kleine Jagd gepachtet. Sein Freund Lenz will bei ihm einen Hasen schießen. Bald wird auch einer locker. Lenz legt an „Schieß nicht“, ruft Prüschel, „das ist Gretchen, auf die schießen wir nie.“
Ein zweiter Hase kommt vor die Flinte. Abermals legt Lenz an „Schieß nicht“, ruft Prüschel, „das ist Christian, auf den schießen wir nie.“

„Schieß, schieß“, ruft Prüschel, „das ist Klärchen, auf die schießen wir immer!“

Aufgeklärt

Die vierjährige Efi weckt nachts ihre Mutter: „Im Keller rumort es!“

„Oh, Gott, es werden doch nicht Einbrecher sein?“

„Ach nein, Mutti, ich glaube nicht mehr an den Einbrecher!“

Gehört

Richter: „Ist Ihnen von der Prügelei auch etwas zu Ohren gekommen?“

Zeuge: „Jawohl, Herr Richter — ein paar Ohrfeigen.“

Liebe auf den zweiten Blick

„Melitta heiratet den Mann, den sie erst vorige Woche kennenlernte.“
„Dann war das also Liebe auf den ersten Blick?“

„Nein, auf den zweiten, denn beim erstenmal wußte sie noch nicht, daß er reich ist.“

Mit einem Schlag

„Schulze ist auf einen Schlag steinreich geworden!“

„Was hat er denn gemacht?“
„Nichts, der Schlag hat seinen Onkel getroffen.“

Aus Weinheim Betrieb oder Kaserne?

Vom Musterbetrieb Freudenberg

Von zahlreichen Arbeitern werden uns immer neue Methoden berichtet, mit denen im Weinheimer Betrieb Freudenberg die Rationalisierung auf die brutalste Art und Weise durchgeführt wird. Mühen wir in unserem letzten Artikel über diese Zustände im Zusammenhang mit der Entlassung eines jungen Arbeiters berichten, so liegen uns heute zwei weitere Berichte aus dem Betrieb vor, die ähnlicher Natur sind.

In einer Abteilung des Betriebes dürfen die Arbeiter erst dann ihren Arbeitsplatz verlassen, wenn der betreffende Abteilungsleiter überprüft hat, ob die Maschinen in sauberem Zustand von den Arbeitern verlassen werden. Daß diese Überprüfung immer gerade in der letzten Minute vor Feierabend, manchmal sogar etwas später erfolgt, versteht sich am Rande. Selbst Arbeiter, die sich im Bad befinden, müssen nochmals an ihren Arbeitsplatz, um bei der Überprüfung ihrer Maschine auszuweisen zu sein. Nach all dem Vergangenen könnte es für den Unbeteiligten lächerlich wirken, daß in einem Betrieb so etwas ähnliches wie Maschinenappell durchgeführt wird, so mit Antreten an der Maschine usw. und daß ein ehemaliger höherer Offizier den Appell abhält. Dazu ist aber diese Tatsache viel zu ernst. In den letzten Jahren sind in der Firma Freudenberg laufend höhere Offiziere eingestellt worden, die alle in Positionen kamen; wo sie ihre alte Methode, nur im weißen Mantel, weiterfortsetzen können. Bis hinauf zum General a. D. ist so ziemlich alles vorhanden. Nichts gegen ehemalige Offiziere, die gewillt sind, das Vergangene gut zu machen und die das im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit tun wollen. Wenn aber Offiziere nur zu dem Zweck in den Betrieb kommen, um dort als Antreiber schlimmer Art zu fungieren, weil man von selten der Betriebsleitung vielleicht annimmt, daß dieselben darin eine große Erfahrung besitzen, dann muß sich die Arbeiterschaft, und vor allem der Betriebsrat, gegen die Tätigkeit und Einstellung solcher Elemente auf das Schärfe wehren. Der Betriebsrat wird bei einem konsequenten Eingreifen die Arbeiter immer auf seiner Seite haben.

Worin die Dankbarkeit der Firma Freudenberg gegenüber solchen Arbeitern besteht, die durch einen Unfall etwas von ihrer Arbeitskraft eingebüßt haben, aber nicht Invalide sind, beweist ein anderes Beispiel, das sich erst vor wenigen Tagen im Betrieb zutragen hat. Ein Arbeiter, der bei einem früheren Unfall im Betrieb an der Hand die Fingerspitzen einbüßte, wurde jetzt entlassen, weil er unrentabel war. Ausbeutung bis zum letzten und wenn dann der betreffende nicht mehr den Anforderungen der Betriebsleitung genügt, bekommt er den blauen Brief als Abschluß seiner Tätigkeit im Betrieb. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein Unternehmer, der zu dem noch das Prädikat eines besonders sozialen Unternehmers für sich in Anspruch nimmt, es fertig bringt, einen Arbeiter, der seine gesunden Glieder für seinen Profit geopfert hat, abzuschüteln wie ein lästiges Insekt. Welche Stellung hat der Betriebsrat eingenommen, fragen die Belegschaftsmitglieder?

Schlägerei zwischen US-Soldaten und Zivilisten
Weinheim. Am Montagabend kam es zwischen amerikanischen Soldaten und Zivilisten in der Grundelbachstraße zu einer Schlägerei. Im Verlauf derselben wurden einige Zivilisten von den Soldaten in den Grundelbach geworfen und erlitten Körperverletzungen.

Mit Eisbrocken gegen den Odenwald?
Am Montagnachmittag wurde der Odenwald zwischen dem Weinheimer Hauptbahnhof und der Station Weinheim Tal, vermutlich von Kindern, mit Eisbrocken beworfen. Einer davon traf einen Wagen und schlug eine Scheibe ein. Eine Frau, die hinter der betreffenden Scheibe saß, wurde durch Glassplitter verletzt.

Versammlungen der KPD Mannheim
Jugendschulungskurs des Kreises Mannheim e. m., Donnerstag, 5. Januar 1950, 19.30 Uhr, in S 3, 10. Thema: „Die kapitalistische Gesellschaftsordnung“.

Besprechung der Abteilung A. u. S. Freitag, 6. Januar 1950, 18.30 Uhr, in S 3, 10.

Hemsbach. Freitag, 6. Januar 1950, 15 Uhr, im Lokal „Ritter“, Mitgliederversammlung. Referent: Walter Ebert.

Betriebsräte sind der Belegschaft verantwortlich

Das „Volksecho“ antwortet Mannheimer Betriebsräten

In den letzten Wochen haben Mannheimer Arbeiter in Zuschriften an die Redaktion des Volksechos kritisch zu den Verhältnissen in ihren Betrieben Stellung genommen und dabei auch die Arbeit der Betriebsräte beanstandet. Nachdem wir uns davon überzeugt hatten, daß größere Teile der Belegschaften mit der Arbeitsweise ihrer Betriebsräte unzufrieden waren, veröffentlichten wir diese Zuschriften, weil eine öffentliche Kritik an Zuständen, die viele Tausend Arbeiter angehen, am ehesten zu ihrer Bereinigung führen können. Solange zwischen Betriebsrat und Belegschaft Spannungen bestehen und für die Belegschaft die Arbeit der Betriebsräte undurchsichtig wird, hat allein der Unternehmer im Betrieb das Kommando, denn eine mangelnde Einigkeit der Belegschaft verhindert eine richtige Wahrung der Belegschaftsinteressen.

Es ist deshalb abwegig, wenn der Betriebsrat von Hutchinson nach Erscheinen unserer Artikel „beschließt“, das Volksecho habe alle Artikel über den Betrieb Hutchinson erst dem Betriebsrat vorzulegen (1). Unsere Spalten öffnen wir jedem ehrlichen Arbeiter und genau so, wie Behörden, Ämter und Organisationen sich vor dem Forum der Öffentlichkeit verantworten müssen, so auch in vielen Fällen die Betriebsräte. Allerdings werden wir stets beachten, was besser betriebsintern oder öffentlich behandelt werden muß. Aber wenn Betriebsräte in wichtigen Dingen nicht richtig handeln oder falsche Entscheidungen treffen, so kann eine öffentliche Berichtigung nicht nur für die eine Belegschaft, sondern für alle Arbeiter von größtem Nutzen sein. Mit unserer Kritik gegenüber den Betriebsräten wollen wir helfen und nicht herunterreißen und jeder ehrliche Betriebsrat wird uns dafür dankbar sein und niemand kann sagen, daß er keine Fehler macht und nicht noch zulernen muß. Auch „alte“ Gewerkschaftler müssen ständig zulernen, denn wer will behaupten, allen Dingen gewachsen zu sein, es gibt ständig neue Probleme zu lösen.

Der Gesamtbetriebsrat trägt die Verantwortung

Was bedeutet es z. B. wenn uns Genosse Hofmann als alter geschulter Gewerkschaftler, wie er sich selbst bezeichnet, schreibt, der Gesamtbetriebsrat treffe keine Schuld, wenn 2 Einstellungen ohne seine Zustimmung erfolgt sind? Wer trägt dann die Schuld? Der Betriebsratsvorsitzende oder ein anderes einzelnes Betriebsratsmitglied? Das ist eine schlechte und gefährliche Arbeitsweise, wenn im Betriebsrat ein Einzelner wichtige Dinge allein entscheidet. Wenn es sich schon einmal ergibt, daß ein einzelnes Betriebsratsmitglied mit dem Unternehmer verhandelt, Entscheidungen sollte er unter keinen Umständen allein treffen. Nicht nur bei Hutchinson scheint es üblich zu sein, daß der Betriebsratsvorsitzende oder einzelne Betriebsratsmitglieder über den Kopf des Gesamtbetriebsrats hinweg mit den Unternehmern Abmachungen treffen. Es ist Sache aller Betriebsratsmitglieder, diesen Zustand zu ändern. Kein Betriebsratsmitglied kann sich von der Verantwortung dafür freisprechen, wenn er diesen Zustand duldet und nicht für seine Beseitigung sorgt.

Die Belegschaft muß informiert werden

Die Betriebsräte sind von der Belegschaft gewählt, sie sind ihr deshalb auch voll verantwortlich. Betriebsräte, die nicht regelmäßig und falls notwendig bei wichtigen Entscheidungen die Belegschaft ganz oder Abteilungen des Betriebes zusammenholen, verletzen das in sie gesetzte Vertrauen. Wir wollen doch in den Betrieben nicht so verfahren, wie manche Abgeordnete der Parlamente, die nachdem sie gewählt sind, vergessen, was sie den Wählern versprochen und dann das Gegenteil von dem tun, was ihre Wähler erwarten. Die Arbeiter und Angestellten haben das Recht, nicht nur laufend informiert zu werden, sondern bei wichtigen Anlässen auch selbst abzustimmen, ob sie mit geplanten Maßnahmen oder Entscheidungen einverstanden sind.

So wie das deutsche Volk mit Recht die

Ausschaltung des Parlaments durch Dr. Adenauer verurteilt, so ist es auch eine Verletzung demokratischer Grundsätze, wenn Betriebsräte, nachdem sie gewählt sind, dem Verlangen der Belegschaft nach Berichterstattung und eigener Entscheidung nicht Rechnung tragen. Dazu braucht man nicht jeden Augenblick eine Gesamtbelegschaftsversammlung, hier können vielmehr vielfältige Wege und Mittel in Anspruch genommen werden.

Gemeinsame Beratungen sichern richtige Entscheidung

Wenn so verfahren wird, läuft der Betriebsrat nicht Gefahr, alle Augenblicke falsche, von der Belegschaft nicht verstandene oder verurteilte Handlungen zu begehen. Jeden Tag gibt es Fragen zu lösen, wo verschiedene Auffassungen vertreten werden. Ob Überstunden gemacht werden sollen oder nicht, ist zum Beispiel eine Frage, die immer noch eine unterschiedliche Beantwortung findet. Alle Betriebsräte haben mit diesem Problem zu tun. Doch bevor diese Frage entschieden wird, sollte die Verantwortung auf einen möglichst großen Kreis gelegt werden. Wird dennoch falsch entschieden, so wird am schnellsten aus den Fehlern gelernt und einzelne Betriebsräte

Betriebsräte schreiben dem „Volksecho“

Antworten auf Leserzuschriften

Nachstehend veröffentlichen wir zwei Schreiben von Mannheimer Betriebsräten an das „Volksecho“. Sie stellen eine Antwort auf Leserzuschriften dar, die wir in der letzten Woche veröffentlicht haben. Auf der gleichen Seite dieser Ausgabe finden unsere Leser die Stellungnahme der Redaktion des „Volksecho“.

An die Redaktion des „Volksecho“

„Schlechte Betriebsratsarbeit!“ Unter dieser Überschrift beklagte sich ein Arbeiter in dieser Rubrik über die mangelnde Initiative des Betriebsrats der Firma Winterwerb u. Streng. „Es sei bedauerlich, daß die Weihnachtsgratifikation nicht höher als im letzten Jahre ausfiel, weil alles teurer geworden ist und außerdem, daß die Firma nicht bereit sei, höhere Löhne zu bezahlen. Wir hätten gegen diese Stellung nichts einzuwenden, wenn der Betriebsrat nicht den Betriebsrat für diese Dinge verantwortlich machen wollte. Es seien zu wenig Betriebsversammlungen veranstaltet worden, und der Betriebsratsvorsitzende mache alles, ohne sich mit jemandem zu verständigen.“

Dazu ist zu sagen, daß die Weihnachtsgratifikation in der Höhe von DM 10,—, 20,— und 30,— ausbezahlt wurde, wenn sie nicht höher ausgefallen ist. Dann bedauert der Betriebsrat mit, muß aber feststellen, daß keine Tarifabmachungen über Weihnachtsgratifikationen bestehen, und hier mehr der gute Wille des Unternehmers ausschlaggebend ist, als die Entschlossenheit des Betriebsrates, hier Forderungen durchzudrücken. Bezüglich der Löhne der Fa. Winterwerb und Streng muß festgestellt werden, daß der Betriebsrat natürlich zunächst darüber wacht, daß die Tariflöhne bezahlt werden und das ist überall der Fall. Lohnverbesserungen, die darüber hinaus gewährt werden, als Leistungszulage auf Vorschlag des Betriebsrates in besonders harten Fällen, können ja auch nur immer wieder auf dem Wege der gegenseitigen Bereitwilligkeit erfolgen.

Bezüglich der Zusammenarbeit des Betriebsrates mit der Belegschaft ist zu bemerken, daß jeden Montag eine Sitzung des Betriebsrates stattfindet, zu der natürlich alle Betriebsräte anwesend sind, auch die zwei, die der KPD angehören.

Außerdem können in dieser Sitzung von jedem Belegschaftsmitglied Anliegen und Beschwerden entgegengenommen und behandelt werden. Betriebsversammlungen werden immer dann einberufen, wenn es eine innerbetriebliche Angelegenheit erfordert und auf jeden Fall, wenn es von einem Teil der Belegschaft gewünscht wird. Es ist also für den Artikelschreiber Gelegenheit geboten, mehr zu tun für die Belegschaft und seine Belange, wenn er sich zunächst an seine Betriebsvertretung wendet und nicht die wichtige Aufgabe des Betriebsrates mit seiner oberflächlichen Behandlung der Dinge als zwecklos und unbedeutend darzustellen versucht.

Betriebsrat der Firma Winterwerb und Streng.

sind dann nicht berechtigt oder unberechtigt, die Prügelknaben der Belegschaft.

Welche Rechte hat der Betriebsrat?

„Der Betriebsrat hat bei der Festsetzung der Weihnachtsgratifikationen nicht mitgewirkt“, schreibt uns der eine, und „über Weihnachtsgratifikationen bestehen keine Tarifabmachungen“, der andere Betriebsrat. Entbehrt das etwa den Betriebsrat der Verantwortung, sich bei der Zahlung der Weihnachtsgratifikation einzuschalten? Ist sich z. B. der Betriebsrat bei Hutchinson bewußt, daß mit der Art, wie die Gratifikationsätze in seinem Betrieb festgesetzt und ausbezahlt wurden, die ganze Belegschaft durchbeinandergebracht wurde und Empörung und Unzufriedenheit die Folge waren. Das braucht kein Betriebsrat hinzunehmen und wenn der Unternehmer nicht zu einer Verständigung bereit ist, so tut der Betriebsrat gut daran, vor die Belegschaft zu treten und seinen Standpunkt zu den Dingen darzulegen. Der Unternehmer wird seine Entscheidungen ändern, wenn er spürt, daß er mit der Belegschaft nicht beliebig spielen kann. Ist der Betriebsrat mit der Belegschaft eng verbunden, hat er auch eine andere Position bei Verhandlungen mit dem Unternehmer. Sich in einer solchen Situation auf den Standpunkt zu stellen, die Festsetzung der Gratifi-

kationsätze sei Sache der Unternehmer, ist falsch und wird auch von keinem einzigen Arbeiter verstanden. Der Betriebsrat hat immer so viel Rechte, als er unter Umständen bereit ist, mit der geübten Belegschaft durchzusetzen.

Das gesetzliche Recht ist nicht alles

Gut ist es natürlich, wenn der Umfang der Mitbestimmung für die Arbeiter in zufriedenstellender Weise gesetzlich geregelt ist. Aber auch dann bleibt die Durchführung der gesetzlichen Rechte häufig genug eine Frage der Macht. Die Arbeiter der Daimler-Benz-Werke haben dazu soeben ein anschauliches Beispiel dafür bekommen. Obgleich durch Betriebsvereinbarung die Mitbestimmung bei allen Entscheidungen abgemacht ist, hat sich der Unternehmer darüber hinweggesetzt, und ein einseitiger Streik war erforderlich, um vertragliche Abmachungen durchzusetzen.

So verhält es sich auch mit den Rechten und Forderungen der Arbeiter, die noch keine gesetzliche Verankerung gefunden haben, aber erkämpft werden müssen, wenn die Belegschaft mitbestimmen will. Deshalb irrt auch der Genosse Hofmann, wenn er sich darüber beklagt, daß der Betriebsrat noch keine Mitwirkung in wirtschaftlichen Fragen hat, und nun warten will, bis ihm ein Gesetz diese Mitwirkung schenkt. Wenn die Arbeiter in Westdeutschland zu einer wirklichen Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen kommen wollen, dann müssen sie ständig für dieses Recht kämpfen. Erst dann wird es seine gesetzliche Verankerung finden. Man kann doch nicht im Ernst glauben, daß wir von der Adenauer-Regierung oder der ihr hörigen Bundestagsmehrheit ein fortschrittliches Gesetz über Mitbestimmung geschenkt bekommen. Genau so verhält es sich bei der Festsetzung von Löhnen und Akkordzulagen in den Betrieben, und wir sind nach wie vor der Auffassung, daß der Betriebsrat bei der Firma Winterwerb & Streng mitverantwortlich ist für besonders niedrige Löhne von Hilfsarbeitern. Das muß innerhalb des Betriebes ausgekämpft werden.

Betriebsräte tragen keine Verantwortung für Marshall-Plan

In einem Schreiben „rechtfertigt“ Genosse Hofmann die Entlassungen bei seiner Firma unter anderem damit, daß er auf den mangelnden Absatz von deutschen Gummireifen hinweist. Wenn heute in Westdeutschland Absatzschwierigkeiten für Gummireifen bestehen, so ist das eine Folge der Überschwemmung des westdeutschen Marktes mit amerikanischen Waren. Diese Politik macht die westdeutschen Arbeiter brotlos. Wir können nicht weiter damit, wenn wir in solchen Fällen von Entlassungen auf den Standpunkt stellen, sie seien notwendig. Notwendig ist allein eine andere Wirtschaftspolitik. Wieviel Arbeiter sollen denn erst auf die Straße fliegen, damit wir einsehen, daß eine solche Wirtschaft zur Katastrophe führt. Solchen Entlassungen kann deshalb kein Betriebsrat zustimmen, sondern Arbeiter, Angestellte und Unternehmer sollten gemeinsam darum kämpfen, daß der deutsche Markt zuerst einmal der deutschen Industrie gehört. Was heute bei Hutchinson passiert ist, kann morgen solchen Großbetrieben wie Daimler-Benz begegnen, wenn amerikanische Waren unseren Markt überschwemmen. Wir würden uns selbst aufgeben bei einer Haltung, wie sie der Genosse Hofmann an den Tag legt, und wie sie leider immer noch bei vielen Betriebsräten zu finden ist. Das muß sich ändern.

Kritik soll uns allen helfen

Wir freuen uns darüber, daß die Betriebsräte auf die Veröffentlichungen in unserer Zeitung geantwortet haben. Haben sie doch gezeigt, wieviel unklare Meinungen noch zu ändern sind. Ist das nicht die Bestätigung dafür, wie richtig eine öffentliche Behandlung der kritischen Äußerungen der Belegschaftsmitglieder war. Wir wünschen den Betriebsräten der erwähnten Firmen, daß sie mit Hilfe unseres Beitrages zu einer besseren Arbeit innerhalb ihres Betriebes kommen als bisher und Belegschaft und Betriebsrat einig sind, wenn es Recht und Forderungen zu wahren gilt.

Schwimmwettkämpfe in Mannheim

Bei den Schwimmwettkämpfen in Mannheimer Herstehbad, an denen die Vereine aus Frankenthal, Speyer, Ludwigshafen sowie von Mannheim der Verein für volkstümlichen Wassersport und der Schwimmverein beteiligt waren, wurden beachtliche Leistungen erzielt. Ein Wasserballspiel gewann der Verein für volkstümlichen Wassersport gegen Speyer 6:4. Die übrigen Ergebnisse waren:

- Männer (Brust): 6 x 50 m: 1. VfVW 3:43,8 Min., 2. SVM 3:48,3 Min., 3. Frankenthal 3:59,4 Min. — Jugend (Lagen): 3 x 100 m: 1. Speyer 4:35,6 Min., 2. SVM 4:45,8 Min., 3. VfVW 4:50,2 Min. — Männer (Kraul): 4 x 100 m: 1. SVM 4:53,8 Min., 2. VfVW 5:04,8 Min., 3. Speyer 5:13,4 Min. — Jugend (Brust): 3 x 100 m: 1. Frankenthal 4:38,6 Min., 2. SVM 4:39,2 Min., 3. VfVW 4:42,3 Min. — Männer (Brust): 4 x 100 m: 1. SVM 5:51 Min., 2. VfVW 5:51,5 Min., 3. Ludwigshafen 5:52,9 Min. — Jugend (Kraul): 3 x 100 m: 1. Ludwigshafen 4:03 Min., 2. Speyer 4:04,5 Min., 3. SVM 4:11,2 Min. — Männer (Lagen): 6 x 50 m: 1. SVM 3:34,7 Min., 2. VfVW 3:35,4 Min., 3. Ludwigshafen 3:41,8 Min. — Männer (Kraul): 6 x 50 m: 1. SVM 3:15,1 Min., 2. VfVW 3:18,8 Min., 3. Frankenthal 3:25,8 Min. — Punktzahl: 1. SV Mannheim 70, 2. VfVW Mannheim 58, 3. Speyer 38, Ludwigshafen und Frankenthal je 34.

Fußballspiel bei 24 000 Watt Beleuchtung

Am Silvesterabend wurde in Dresden ein Fußballspiel bei künstlicher Beleuchtung von 24 000 Watt Stärke ausgetragen. Der Tabellenführer der DS-Liga, Friedrichsstadt Dresden, trug vor 20 000 Zuschauern ein Probispiel gegen eine Auswahlmannschaft der DS-Liga aus. Die besser eingestrichelte Vereinsmannschaft der Dresdener

konnte das Spiel mit 2:0 gewinnen. Beide Tore wurden bereits in der ersten Halbzeit erzielt durch Lehmann und Pohl. Die Beobachtung der Spielvorgänge von den Zuschauerrängen aus war einwandfrei.

Das Wasser war viel zu kalt
Das Neujahrs-Schwimmen quer über die Seine in Paris gewann Cabour vom Racing-Club. Das Wasser war so kalt, daß die Teilnehmer an dem traditionellen Schwimmwettbewerb nur mit knapper Not das jenseitige Ufer erreichten.

Die „Strecke“ des amerikanischen Boxsports
Das „Ring-Magazin“ in New York berichtet in einer Übersichts über den Boxsport im abgelaufenen Jahre, daß sich bei den amerikanischen Box-Veranstaltungen nicht weniger als 18 Todesfälle ereigneten. Unter den Ursachen wurden beschädigte Boxhandschuhe bzw. Bandagen genannt, aber auch die Gegenüberstellung von zu ungleichwertigen Kämpfern.

Deutsche Jugend-Fußballmannschaft in England

In der Zeit vom 15. März bis 1. April wird eine deutsche aus Jugendspielern bestehende Fußballmannschaft in England vier Spiele gegen englische und schottische Jugendmannschaften austragen.

Die Europameisterschaften im Rudern sollen in Zukunft auch für Frauen ausgetragen werden. Der internationale Ruderverband wird auf einer Pariser Tagung im Januar über diesen Punkt abstimmen.

Süddeutscher Fußballverband was nun?

Wo bleibt die Oberliga? Eingliederung der linksrheinischen Vereine

Die begeistertsten Berichte, die über die Gründungsstadium des Süddeutschen Fußball-Verbandes in Bad Dürkheim in der Fachpresse gebracht wurden — selbst die Tränen der Rührung wurden nicht vergessen — können nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Gründung mit der Masse der kleinen Vereine nicht viel zu tun hat. Wer waren denn die Regisseure bei der ganzen, etwas theatralischen und vorverstaubten Kulissen gespielten Aktion? Es waren die ehemaligen Verbandsgrößen, die sich persönlich im Glanze früherer Bedeutung und Wichtigkeit sonnten, deren Vereine aber, bei denen sie Mitglied sind, bis auf den 1. FC Nürnberg, durch Abwesenheit glänzten. Wie die Verteilung beim Stimmverhältnis war, möge die groteske Tatsache erläutern, daß die 25 Oberliga- bzw. Zonenligavereine, die anwesend waren, genau so viel Stimmen hatten, als der Nordbadische und Nordwürttembergische Fußball-Verband mit ihren an die 1000 Vereinen zusammen, nämlich 25 Stimmen.

Die Neugründung des SFV war eine Angelegenheit der Funktionäre der bestehenden 7 Landesverbände, deren Selbstauflösung und Aufgaben in einen wie früher gegliederten Verband die Voraussetzung für einen wie einst aus den Vereinen bestehenden SFV gewesen wäre. Der Einwand, daß eine solche Organisation bei einem inzwischen auf über 6000 Vereine angewachsenen SFV technisch nicht mehr möglich sei, ist nicht stichhaltig, denn auch früher waren bei weitem nicht alle Vereine auf dem Ver-

bandstag direkt vertreten, und es ist einfach nicht wahr, daß im Gebiet des großen SFV mit einer Reihe von Stadien für 20 000, 40 000 bis zu 80 000 Zuschauern kein Versammlungsraum vorhanden sein sollte, in dem sich einmal im Jahr einige tausend Vereinsvertreter zu einem imposanten und auch repräsentativ wirkenden Verbandstag zusammenfinden könnten. Die Neugründung in Bad Dürkheim bedeutet nichts weiter als die Hinzufügung einer weiteren Verwaltungskörperschaft zu den bereits bestehenden der sieben Landesverbände. Jede Verwaltung erfordert aber Kosten — zumal eine unnötig aufgeblähte Verwaltung — und für diese Kosten müssen die Vereine aufkommen. Oder soll auch hier der Tote die Finanzierung übernehmen?

Die Süddeutsche Oberliga hat sich weiter in Schweigen gehüllt, obgleich man sie bei der Dürkheimer Tagung beinahe kniefällig um ihren Eintritt gebeten hat. So ist auch die sehr wichtige Frage der Eingliederung der linksrheinischen Spitzenvereine in die erste Verbandsklasse ungeklärt geblieben. Gerade in dieser Frage wäre aber eine Klarstellung dringlich, damit die Vereine wissen, wie sich ihre Lage im neuen Spieljahr gestalten wird. Will die Süddeutsche Oberliga aber die linksrheinischen Spitzenvereine auch weiter links liegen lassen, dann darf die Begrüßungsadresse an die Saarvereine als eine nichtssagende Geste bezeichnet werden. Organisatorisch und auch sportlich wäre die Bildung von vier großen Bezirken Bayern, Württemberg, Baden-Pfalz und Hessen-Rheinland

wohl die beste Lösung mit einer Einteilung der Oberliga oder Verbandsklasse, wie man es nennen will, in eine westliche und eine östliche Abteilung. Dazu müßte den Oberligaveren, die noch draußen stehen, eine letzte Frist gestellt werden, falls sie bei einer durch einen außerordentlichen, von Vereinsvertretern zu beschickenden Verbandstag zu bestimmenden Klasseneinteilung und Spielsystem berücksichtigt werden wollen. Mit der Gründungsbegeisterung ist es nicht getan — nun muß die praktische Arbeit einsetzen, und zwar im Interesse der Gesamtheit der Vereine!

Sepp Weiler siegte in der Schweiz

Die deutsche Springer-Mannschaft wurde in der Schweiz herzlich begrüßt. Bei den Wettkämpfen wurden sehr gute Leistungen erzielt und der alte Sprungrekord von Sepp Weiler als auch von dem Schweizer Dächer und dem Innsbrucker Steinegger überboten. Das Ergebnis war:

- 1. Sepp Weiler (Oberstdorf) Note 222 (64,0 und 70,0 m), 2. Walter Steinegger (Oesterreich) 216 (64,5 und 70 m), 3. Carlo de Lorenzi (Italien) 214 (64,0 und 68,0 m), 4. Aldo Trivella (Italien) 210 (62,0 und 65,0 m), 5. Alfred Schäfer (Füssen) 206,5 (62,5 und 65,0 m), 6. Nicolaus Stumpf (Schweiz) 204,0 (59,0 m), 7. 10. Sattler (Traunstein) 60,5 und 65,0 m, 13. Toni Brutscher (Oberstdorf) 179,5 (63,0 und 68,0 m gestürzt).

Auch in Davos konnte Sepp Weiler mit einer Bestleistung von 71 m und 226,9 Pkt. den ersten Platz vor den Schweizern Keller und Dächer belegen.

KARLSRUHE

Ein verwunschenes Haus

Es war einmal vor vielen, vielen Monaten und Wochen, da entdeckten wir in der Kriegsstraße ein Haus, das so aussah, als wäre es bezugsfertig, und wir freuten uns schon auf die Glücklichen, die ihrem Wohnungselend entrissen, bald einziehen werden. Und siehe da, es vergingen Wochen um Wochen und keine Menschenseele belebte die Räume.

Ein verwunschenes Haus? Nein, ein städtisches Haus wartet auf seine Benutzer. Und so langsam erfuhr man die Wahrheit. Bauherr war das Tiefbauamt, dem es in seinem bisherigen Bau zu eng wurde. Aber das stimmt auch nur wieder für das aufgewendete Geld, denn für ein Haus ist das Hochbauamt zuständig.

So unklar wie die Adresse des eigentlichen Bauträgers blieb bis heute auch der Verwendungszweck. Man könnte die Räume als Wohnungen verwenden, aber man kann es wiederum nicht, denn zwischen den städtischen Aemtern ist ein harter unterirdischer Kampf um jeden Quadratmeter entbrannt. Es wurde vom Dickhäutler eines Tiefbaudirektors und der Langmut eines Hochbaudirektors gesprochen, aber das Haus steht noch immer leer, seit Monaten. Der Bürokratenkrieg geht weiter und es scheint fast zu stimmen, daß ein gewisser Bau- direktor Wittinger einen „sehr langen Arm“ hat.

Wie wäre es, wenn das Wohnungsamt dem Spuk ein Ende bereiten würde, und zehn Familien, die zum Beispiel jede für sich mit vier und mehr Personen in einem Raum hausen, dort einfach einwohnen? Aber hier ist der Arm wohl bedeutend kürzer, und so wird das Zauberkloster noch weiterhin den üblichen Spuk städtischer Oberbürokraten und pensionierter Dickhäutler über sich ergehen lassen müssen. Wer es nicht glaubt, kann sich im Karlsruher Rathaus erkundigen.

Heimkehrerversammlung

Karlsruhe. Der Heimkehrer Ausschuss Karlsruhe veranstaltet am Freitag, den 6. Januar 1950, 19.30 Uhr, in Daxlanden, Lokal „Zum Hirsch“, Malvenstraße 7, eine öffentliche Versammlung.

Thema: „Heimkehrerprobleme erfordern rasche Lösung“. Referent: Gewerkschaftssekretär Richard Lehmann.

Geltungsdauer der Fischerei- und Jagdscheine

Die Geltungsdauer der Fischereischeine ist vom Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — auf ein weiteres Jahr verlängert worden. Die Anträge auf Verlängerung sind unter Angabe von Tag und Ort der Geburt des Antragstellers formlos bei den Gemeindeverwaltungen einzureichen, die sie mit ihrer Stellungnahme dem Landratsamt vorlegen. Für diese Verlängerung wird die volle Gebühr erhoben. Wegen der Jagdkarten ergeht besondere Weisung.

Erregende Wildschweinjagd

Neudorf (Iwb). Auf der Suche nach einem neuen Revier zeigten sich dieser Tage am Bahnhof Graben-Neudorf ein Koller und ein Mutterschwein mit sechs Jungen. Durch die Einzäunung des Bahnhofs beschauten sich die Tiere die Gegend und den Eisenbahnbetrieb. Anschließend spazierte sie über das freie Feld dem Wald zu. Die Einwohner des Ortes, die mit Sensen, Mistgabeln und Stangen die Verfolgung aufgenommen hatten, konnten nur zwei junge Wildschweine erlegen.

VVN-Versammlung

Bez. Beiertheim, Weierfeld, Rippur. Donnerstag, 5. Januar 1950, 20 Uhr, im „Weierhof“, eine wichtige Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Karlsruhe-Südwest. Donnerstag, 5. Januar 1950, 20 Uhr, im „Schrempfchen Bierkeller“, Jahreshauptversammlung. Referent: W. Wasserthal.

Karlsruhe-Oststadt. Freitag, 6. Januar 1950, 20 Uhr, im „Georg Friedrich“, Jahreshauptversammlung.

Mühlburg. Freitag, 6. Januar 1950, 20 Uhr, in der „Brunnenstube“, Jahreshauptversammlung.

Arbeitslosigkeit und Elend trieb ihn zum Selbstmord

Das Schicksal eines Flüchtlings in Westdeutschland.

Heidelberg. In den Weihnachtstagen hat in Meckesheim ein Familienvater seinem Leben ein Ende gesetzt und eine fünfköpfige Familie allein zurückgelassen. Es ist das Schicksal eines Flüchtlings, dem neben schönen Worten und spekulativen Illusionen nichts anderes in seiner neuen Heimat beschieden wurde, als Arbeitslosigkeit und primitivste Unterbringung, die ihm das Leben fürderhin nicht mehr lebenswert erscheinen ließen. Vier Kinder trauern um ihren Vater, der ihnen im Leben nichts anderes bieten konnte, als Hunger, Not und Sorgen. Nicht seine Schuld war es, daß er das Leben der Familie nicht sorgloser und freudiger gestalten konnte — er war nur eines der vielen Opfer einer Zeit und eines Systems, das sich nicht genug tun kann, von Freiheit, Menschenrecht und Menschenwürde zu sprechen.

1946 aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, mußte er in kleinstem Raum mit Frau und Kindern Unterkunft finden, und trotzdem Fleiß und Strebsamkeit ein Kennzeichen seines ganzen Lebens waren, blieb es ihm nicht versagt, bis zu seiner letzten Stunde Nacht für Nacht auf dem Fußboden zu kampieren. Noch nicht einmal die Möglichkeit, sich ein Bett zu erwerben, war ihm

geboten. Was er erhielt, waren Versprechungen, die nie eingelöst wurden. Die örtlichen Behörden schienen außerstande zu sein, der sechsköpfigen Familie einen größeren Wohnraum zuzusprechen, als den nun schon seit Jahren bewohnten, in dem man nicht leben, sondern höchstens gerade noch vegetieren konnte.

Vergeblich bemühte er sich, in nicht abreißen lassen Vorsprachen beim Arbeitsamt um Arbeit und Brot. Die Antwort war immer die gleiche, die Tausende täglich in Westdeutschland zu hören bekommen: Leider haben wir keine Arbeit für Sie haben ihn so tief in Verzweiflung getrieben, daß er den Freitod als einzigen Ausweg betrachtete.

Ein kleines Ereignis am Rande der vielgestaltigen Geschehnisse unserer Zeit und doch verdeutschlich sich an ihm das Morsche und Faule eines Zustandes, in dem Millionen gezwungen sind zu leben. Die Verantwortlichen aber erklären beschwörend, daran nichts ändern zu können. Sie versuchen, den Menschen weiszumachen, daß solche Notstände zwangsläufig von Zeit zu Zeit entstehen und darum die Menschen sich in ihr Schicksal fügen müssen.

Man braucht die Schwierigkeiten nicht zu verkennen, die ein Krieg mit all seinen Fol-

gen für die Menschheit mit sich bringt. Die Feststellung aber, daß dem so ist, genügt nicht. Kriege zu verhindern und dadurch die Folgen nicht zustande kommen zu lassen, ist Aufgabe der Menschen, die sie nur gerecht werden können, wenn sie den Frieden verteidigen, indem sie rücksichtslos jene bekämpfen, die den Krieg aus niedrigsten Instinkten heraus zu organisieren bestrebt sind.

Die Flüchtlinge sind Opfer eines verbrecherischen Krieges, der unser Land an den Abgrund des Grabes brachte. Trotz allen Belastungen, die er für uns mit sich brachte, wäre es dennoch möglich gewesen, für die, die ihn überstanden, eine gesündere Lebensgrundlage zu schaffen, als dies heute in Westdeutschland der Fall ist. Die Politik der kolonialen Unterjochung hat diese Kriegslasten noch verdoppelt und jene Möglichkeiten verbaut, die wir bei einer verantwortungsbewußten Politik im Interesse des Volkes trotz dem Zusammenbruch immer noch offen hatten. Den Weg freizumachen und die Hindernisse wegzuräumen, ist Aufgabe aller schaffenden Menschen und nicht zuletzt der Flüchtlinge, die mit am schwersten heute an der geschichtlichen Bürde unseres Volkes zu tragen haben.

Fünftausend Gewerbetreibende protestieren

Das Heidelberger Handwerk und Gewerbe kämpft um die Erhaltung seiner Existenz

Heidelberg. Die Lage des Handwerks und des Einzelhandels, die auch in Heidelberg immer untragbarer wird und sich weiter zu verschärfen droht, veranlaßt die Vertreter dieser Berufe, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft „Handel, Handwerk und Gewerbe“ zusammenzuschließen.

Wie aus einer Mitteilung des Vorsitzenden des Gaststättengewerbes hervorgeht, werden besonders in den Landbezirken die Einnahmen der dortigen Gewerbetreibenden fast ausschließlich von den hohen Steuern verschluckt. Die Belastungen, die insbesondere der Tabakindustrie auferlegt sind, charakterisieren diese Entwicklung sehr deutlich.

Als Ausdruck der Demonstration gegenüber der gegenwärtigen Politik und ihren Auswirkungen, wird am 15. Januar in den Vormittagsstunden in der Klingenturnhalle eine Protestkundgebung stattfinden, auf der je ein Vertreter des Handwerks, des Einzelhandels und des Gaststätten- und Hotelgewerbes das Wort ergreifen. Man darf erwarten, daß auch die benachbarten badischen Kreise infolge ihrer ebenfalls sehr gefährdeten Existenzgrundlage nicht zögern werden, sich dieser Protestaktion anzuschließen. Neben 5000 Handwerkern und Gewerbetreibenden, die an dieser Kundgebung teilnehmen, sind Vertreter der Behörden und

Parteien, sowie Landes- und Bundestagsabgeordnete eingeladen.

Seit der Währungsreform hat sich das Handwerk und das Gewerbe immer mehr gegen den Würgegriff der kolonialen Ausbeutungspolitik zu wehren. Vom Marshallplan und seinen Auswirkungen ist nicht nur die Arbeiterschaft Westdeutschlands betroffen, sondern ebenso der Handwerker bis hinauf zum kleinen und mittleren Unternehmer.

Der mehr und mehr sinkende Reallohn des schaffenden Menschen wirkt sich in allen Zweigen unserer wirtschaftlichen Lebens aus. Die Kaufkraft sinkt beständig und auch beim Handwerk häufen sich die Außenstände und die Aufträge gehen zurück. Der Mann des Volkes läuft sich seine Absätze so schieb als nur möglich, bevor er sie zur

Reparatur dem Schuster bringt. Das ist nur ein Beispiel von vielen, das man durch andere in jedem Handwerkszweig beliebig erweitern könnte. Ebenso lasten sinkende Kaufkraft und Verelendung der breiten Schichten des Volkes auch auf Handel und Gewerbe.

Die Gefährdung dieser Existenzen, deren goldener Boden früher einmal sprichwörtlich war, läßt auch in diesen Schichten die Erkenntnis reifen, daß nur eine gemeinsame Zusammengehen von Arbeiter, Bauer und Mittelstand die Gewähr bietet, den Angriff des Monopolkapitals erfolgreich abzuwehren. Nur ein geeintes, unabhängiges Deutschland, das über seine Wirtschaft frei und selbständig bestimmen kann, wird auch dem Handwerk und Gewerbe wieder eine gesunde Existenzgrundlage schaffen.

Er hat Grund, Angst vor dem Osten zu haben

denn er ist ein Gauner und Betrüger

Karlsruhe. „Es fällt mir doch gar nicht ein, in die Ostzone zu meinen Henkern zurückzugehen“, erklärte der aus Ostpreußen stammende W. W. Nun, er muß ja selbst am besten wissen, was er seinerzeit dort verbrochen hat, um bei einer Rückkehr befürchten zu müssen, zur Verantwortung gezogen zu werden. W. blieb also im „Goldenen Westen“, schloß sich als „Heimatliebender“ einem Ostpreußenverein an, und versuchte sich in allen möglichen Berufen.

Es kam die Währungsreform, er sah neiderröthlich, wie sich eine gewisse Bevölkerungsschicht immer demonstrativer in Reichtum und Luxus restaurierte, und so begann auch er gewisse Unternehmerfähigkeiten in sich zu entdecken.

Diesen „ausgewählten“ Kreisen anzugehören, galt in der Folgezeit all sein Streben. Da er dabei krumme und krümmste Wege durchsuchte, kam er bald mit dem Gesetz in Konflikt. W. ließ sich indessen nicht beirren, und begann im Mai vorigen Jahres mit Gaunereien großen Stils, die nunmehr Gegenstand der Verhandlungen vor dem Karlsruher Schöffengericht waren. In acht Fällen

hatte er bei hiesigen Radiogeschäften mit geringen Anzahlungen Radiogeräte gekauft und diese, obwohl sie ihm ausdrücklich unter Eigentumsvorbehalt überlassen worden waren, unverzüglich, vorwiegend an Angehörige der französischen Besatzungsarmee in Baden-Baden, weiterverkauft. W., der in der fraglichen Zeit bereits verdienstlos war, gab den Geschäftsleuten gegenüber Monatseinkommen von 320 bis 420 DM an.

Einem anderen Zeugen, dessen Bekanntheit er im Gefängnis gemacht hatte, verkaufte er für zirka 150 DM Uhrenkläser, vergaß aber den Erlös zurückzugeben. Bei einer „Party“ mit einer Berliner „Kollegin“ im Passage-Palast, bezahlte er in Ermangelung von Bargeld mit einem ungedeckten Scheck, und in einem Restaurant in Durlach verdurfete er, ohne bezahlt zu haben.

Auf Grund dieses erwiesenen Tatbestandes wurde W. wegen fortgesetzten Betruges und Unterschlagung für insgesamt 13 Monate hinter Schloß und Riegel geschickt. Er kann sich nun wirklich 13 Monate lang in westlicher „Freiheit vor Furcht“ hinter schwedischen Gardinen baden.

Mit Schweineschnitzel und Wein ins neue Jahr

Die Arbeiterwohlfahrt bereitet den Alten eine große Freude

Heidelberg. Am Neujahrstag saßen 120 Großmütter und Großväter im Haus der Arbeiterwohlfahrt und staunten nicht wenig, als große Schweineschnitzel aufgetischt wurden. Als sie die Einladung zu einem kleinen Essen bei der Arbeiterwohlfahrt erhalten hatten, ahnten sie nicht, welche Überraschungen dort auf sie warteten. Dem Schnitzel folgte eine Flasche Wein, und für die Männer gab es Rauchwaren und für die Frauen Schokolade.

Adolf Engelhardt gab einen Rückblick auf die geleistete Arbeit der Arbeiterwohlfahrt und sprach die Hoffnung aus, daß im kommenden Jahr das Hilfsprogramm, das sich die Arbeiterwohlfahrt als Aufgabe gestellt hat, durch

alle Mitarbeiter in gemeinsamer Arbeit erfüllt werden könne, und schloß in diese Hoffnung den Wunsch auf Gesundheit und Kraft aller in der Arbeiterwohlfahrt tätigen Menschen ein.

So saß man einige frohe Stunden bei Kaffee und Kuchen zusammen und Heinz Landwehr vom Stadttheater verstand es, den materiellen Genüssen die erforderlichen geistigen Genüsse hinzuzufügen. Vom Heidelberger Stadtrat waren Franz Böning, Steinbrenner und Adolf Rausch vertreten. Zum Schluß dankte Willi Bittig als Mitglied des Landesvorstands der Arbeiterwohlfahrt allen Helfern für ihre im Jahre geleistete freiwillige und vorbildliche Arbeit.

HEIDELBERG

Ein neuer Leiter der A. O. K.

Heidelberg. Die Leitung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Heidelberg hat nach dem Rücktritt Heinrich Kilgers der bisherige stellvertretende Direktor der Kasse, Hans Maier, übernommen. Seit 1922 ist er mit der Ortskrankenkasse verbunden und nur die Jahre des Dritten Reiches hielten ihn von seinem früheren Betätigungsfeld ab. Er mußte damals mehrere Monate Haft aus politischen Gründen auf sich nehmen.

Nach 1945 war er zuerst kommissarischer Leiter der Ortskrankenkasse in Eberbach und wurde mit deren Eingliederung in die Heidelberger Kasse hier zum stellvertretenden Leiter ernannt.

Rücksichtsloser Jeep-Fahrer

Eberbach. In den frühen Nachtstunden des vergangenen Samstag steuerte ein Jeepfahrer seinen Wagen so an zwei parkenden Personenkraftwagen vorbei, deren eine Wagentür zur Straßenseite etwas geöffnet war, daß er mit der Stoßstange gegen die offenstehende Tür des Wagens fuhr und der Besitzer sich nur durch einen geistesgegenwärtigen Sprung in das Wageninnere vor Verletzungen retten konnte.

Seltene Unterkunftsbeschaffung

Heidelberg. In den Nachtstunden zum 3. Januar wurde die Polizei von einem Hauseigentümer in der Bahnhofstraße davon verständigt, daß sich im Dachgeschoß des im gleichen Anwesen gelegenen Schuppens zwei Personen widerrechtlich aufhalten. Die Polizeikontrolle ergab, daß sich ein in Heidelberg wohnhafter junger Mann und ein wohnungsloses Erläule dort eine Unterkunft eingerichtet hatten, ohne davon den maßgeblichen Eigentümer oder das Wohnungsamt zu verständigen.

Neue Wohnungen in Kirchheim

Heidelberg. Mit der Fertigstellung von 80 Zweizimmerwohnungen im Stadtteil Kirchheim bis zum März dieses Jahres kann gerechnet werden, sofern in nächster Zeit keine Kältewelle eintritt.

Die Gemeinnützige Gesellschaft, die diese Bauten errichtet, hat bereits mit weiteren 50 Zweizimmerwohnungen in Kirchheim auf dem Gelände hinter der Höllestein-Siedlung begonnen.

Zeugen eines Unfalls gesucht

Heidelberg. Am 14. Dezember 1949, gegen 20 Uhr, hat ein junger Mann einer in der Rohrbacher Straße verunglückten Frau erste Hilfe geleistet und sie mit seinem Personenkraftwagen in die Dantestraße 3 gefahren. Dieser junge Mann sowie alle Personen, die bezüglich des Unfalls sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, bei der Kriminalpolizei Heidelberg, Zimmer 8, vorzusprechen.

Auch mit Karbid soll man nicht spielen

Heidelberg. Eine schwere Gesichtsverletzung erlitt ein 10jähriger Junge beim Karbidanzünden. Eine sofortige Einweisung in die Klinik erwies sich als notwendig.

Landkreis Heidelberg

Tödlicher Unglücksfall

Sandhausen. Vor kurzem fuhr ein aus Richtung Heidelberg kommender Zug nicht so in den Bahnhof ein, daß die aussteigenden Fahrgäste des letzten Wagens auf dem ordentlichen Bahnsteig aussteigen konnten. Eine aus dem letzten Wagen aussteigende 68jährige Frau zog sich beim Betreten des tiefen gelegenen und mit Schotter angefüllten Erdbodens unglücklicherweise einen Oberschenkelbruch zu, der nun nach elf Tagen den Tod zur Folge hatte.

Es ist dies nicht das erstmal, daß der in Sandhausen haltende Zug nicht so weit einfährt, daß er am Bahnsteig zum Stehen kommt.

Was gedenkt der Bahnhofsvorstand dagegen zu unternehmen? Man braucht sich nicht zu wundern, wenn noch mehr solcher Unfälle vorkommen, zumal sich auch die Bahnsteigbeleuchtung in einem ungenügenden Zustand befindet.

Feuerwerkskörper richten Schaden an

Sandhausen. In der Neujahrnacht wurden einem Mädchen das Kleid und einem Jungen die Hose durch Feuerwerkskörper verbrannt. Einer älteren Frau wurde durch die gleiche Ursache die Fensterscheibe zerstört.

fahren müssen, weil sie nichts zu bestellen hatten. Auf der Eislinger Steige wird den Männern aus Untertürkheim ein kühler Wind um die Ohren blasen und ihnen den Appetit auf die Punkte nehmen. Bei den Reservspielen erscheint eine Null bei Nummer 13 in Sachen Ebingen und eine Eins bei Nummer 14 für die Ulmer Spatzen angebracht.

Elle mit Welle

Die anlässlich des „Preises von Deutschland“ auf dem Grenzlandring von Georg Meier, Wilhelm Herz und Böhm-Fuchs aufgestellten acht Weltrekorde werden voraussichtlich keine Anerkennung finden, da der deutsche Motorsport noch nicht wieder in den internationalen Verband aufgenommen wurde. Immerhin behalten diese Leistungen als Generalprobe für die Zukunft ihren Wert.

Radrennbahn für Magdeburg

Der Bau einer Radrennbahn in Magdeburg wird auf dem „Kleinen Krakauer Anger“, wo die Aufschüttung für ein Stadion begonnen hat, in Aussicht genommen. Auf Antrag der SED-Fraktion werden sofort alle Vorbereitungen für den Einbau einer allen Anforderungen entsprechenden Radrennbahn getroffen. Auch schafft Magdeburg schon jetzt die Voraussetzungen für die Durchführung eines obligatorischen Schwimmunterrichts, wie er für die Schulen im nächsten Jahr zu erwarten ist; die hierfür geeigneten Bäder werden dementsprechend hergerichtet.



Hinein - nach Punkten!

Liebe Tip-Freunde! Zunächst einmal mit dem Schlachtruf „Alle Zwölfe!“ hinein ins neue Tip-Jahr. Es wartet gleich mit einer neuen Chance für die bisherigen Stiefkinder des Totoglücks auf, zu denen wir uns ja auch rechnen dürfen, nachdem uns der Rutsch auf der Achterbahn auch auf keinen grünen Zweig geführt hat. Nun aber will die liebe Toto-Gesellschaft, die es schon lange tief kränkt, daß von so vielen so wenig oder gar nichts gewonnen wird, auch denen eine Chance geben, die in den ersten beiden Rängen und sogar im „Volksrang“ nicht unterkommen konnten. Aber umsonst kann sie es natürlich auch nicht machen, denn sie verdient ja nur so wenig und mit so viel Mühe und Risiko! Wer also noch 50 Pfennige extra riskieren will, der hat noch eine Chance bei 9 richtigen Tips. Der Einsatz wird dabei wohl herauspringen, und was darüber ist, das ist hier die Frage. Mehr als die Volksrang-Quote wird es nach Adam Riese kaum sein, aber man freut sich doch und ist bei den Toto-Gewinnern — wenigstens nach Punkten. Darum schließen wir unsere Vorrede zum neuen

Toto-Jahr indem wir unsere Wünsche an Fortuna in aller Bescheidenheit reduzieren auf: wenigstens alle Neune!

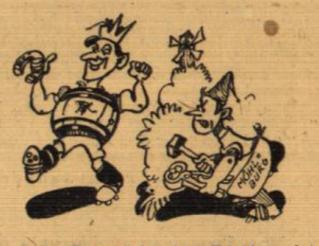
Gehen wir nun zur Tagesordnung über, so macht uns Punkt 1 gleich viel Kopfzerbrechen. Die Stuttgarter Kickers sind wohl nach ihrem hohen Sieg über Waldhof sehr im Kurs gestiegen, aber ihre Stürmer beißen beim FSV Frankfurt auf



härteren Beton und ob sie den Klein kriegen, ist nicht so betonsicher. Die Ballkünstler in Waldhof erwarten die Bewegungsspieler aus Stuttgart, mit denen sie noch ein Hühnchen zu rupfen haben, denn der VfB brachte ihnen die erste Niederlage

in der diesjährigen Meisterschaftsrunde bei. Es ist aber durchaus möglich, daß die Revanche vorbeigehet, daß die Waldhöfer gerupft werden und auf der Tabellenleiter wieder eine Sprosse tiefer steigen müssen.

Eine sichere Sache für den Platzverein ist das Spiel Bayern München gegen 05 Schweinfurt. Wer hier eine 2 riskiert, kann viel gewinnen, wenn er recht behält. Mit 3:1 wurde Schwaben Augsburg in Ronhof eingeseift und trotzdem ist es sehr fraglich, ob Fürth beide Punkte aus Augsburg heimbringen wird. In der alten Noris wird es hoch hergehen, denn der süddeutsche Meister macht seine Aufwartung beim Nürnberger Club. Im Vorjahre wurde den Offenbachern in Nürnberg ganz gehörig das Leder versohlt, aber der Club hat in letzter Zeit so oft gezeigt, daß er nicht kann, wo er gerne möchte, daß sich die Offenbacher von ihm nicht mehr so leicht etwas eintrichtern lassen werden. Eine Null wäre hier am Platze. In Mühlburg hat man alles Handwerkszeug bereitgelegt und nachgeprüft, denn man will dem deutschen Meister aus Mannheim einen mächtigen Zacken aus seiner Krone brechen. So einfach wird das aber doch nicht sein, wie sich manche voreiligen Papierform-Strategen das vorstellen, denn auch der Meister verfügt über zwei Nothelfer, die an Mühlburgs Erfolgen in letzter Zeit großen Anteil hatten: Kampfkraft und Glück! Es ist noch gar nicht raus, wer am Sonntag in Mühlburg gewinnen wird, und wir enthalten uns der Stimme.



Wenn die Frankfurter Eintracht in bester Besetzung und Spiellaute antritt, wird die Austria in Frankfurt außer einer schönen Summe D-Mark nichts erben. Dem HSV trauen wir einen Sieg in Bremen über Werder zu. Die Rotweißen in Oberhausen haben die meisten Spiele auf eigenem Platz unentschieden gespielt, warum sollten sie gerade bei ihren Farbenbrüdern aus Essen eine Ausnahme machen, wenn auch die Essener eine starke Abneigung gegen unentschiedene Spiele haben.

Nach Süden wendet sich unser Blick, wenn wir die letzten Tips ergründen wollen. Villingen hat zwar auf eigenem Platz erst ein Spiel verloren, aber wenn Tübingen in Schußfahrt angeausst kommt, werden sie nicht aufzuhalten sein. Reutlingen wird beim Lahrer hinkenden Boten etwas abholen wollen. Es kann aber sein, daß die Reutlinger leer wieder heim-

Arbeiter bauen ihr Stahlwerk auf

Unser Sonderberichterstatter im größten Walzwerk der DDR

Berlin. Von weit her sehen wir bereits die rauchenden Schloten des Stahl-Walzwerks Henningsdorf. Es ist diesmal das Ziel unserer Reise, denn es gilt, dem volkseigenen Betrieb, der gegenwärtig im Leistungswettbewerb der Stahlwerke der Deutschen Demokratischen Republik steht, einen Besuch abzustatten.

Am Eingang zu dem mächtigen Werk grüßen überlebensgroße Bilder der Arbeiterführer Pieck und Grotewohl den Besucher. Darstellungen und Aufzeichnungen über die Leistungen des Betriebes im Wettbewerb geben der Belegschaft und Öffentlichkeit von dem hohen Stand der Leistungen der Henningsdorfer Werktätigen Kenntnis. Aufrufe und Transparente stellen die Friedenslosungen des neuen friedliebenden Deutschlands hervor, und bringen zum Ausdruck, daß auch die Produktion des Stahl-Walzwerkes der Sicherung des Weltfriedens dient.

in Henningsdorf und seiner Umgebung geworden sind. Er fragt uns, warum im Westen den Flüchtlingen keine Heimat gegeben werde, und versichert uns, daß er längst erkannt habe, wie groß der Unterschied in der ehrlichen und aufrichtigen Betreuung der Umsiedler in der Republik sei gegenüber dem Flüchtlingsdasein der Hunderttausende in Westdeutschland.

Leistungslohn statt Akkordarbeit

Henningsdorf kennt keinen Akkord mehr. An seine Stelle ist der Leistungslohn getreten. Keine Agenten der Unternehmer können mehr die Arbeiter bespitzeln und aus Verstecken heraus die Akkord- und Zeiterrechnungen vornehmen. Ein fester Arbeitsvertrag ist zwischen der Werksleitung und der Betriebs-Gewerkschafts-Liitung abgeschlossen. Bei allen Lohnberechnungen werden die Arbeiter zu Rate gezogen. Nichts geschieht ohne ihre Mitwirkung. In gemeinsamen Besprechungen werden die Probleme des Betriebes beraten und gelöst.

Werktätige leisten Übermenschliches

Die Stahl-Walzwerke in Henningsdorf gehören einst dem Flick-Konzern. Flick, einer der einflußreichsten deutschen Monopolisten und Hitler-Wehrwirtschaftsführer, der heute in Westdeutschland sein ungestörtes Leben weiterführen kann, überließ 1945 beim Zusammenbruch des Dritten Reiches das Werk seinem Schicksal. Entsprechend dem Abkommen von Jalta und Potsdam fiel Henningsdorf unter den Teil der deutschen Industrie der auf Grund

Der Ruf des volkseigenen Werks als vorbildliche Arbeitsstätte ist bis in das 15 Kilometer entfernte liegende West-Berlin gedrungen. 800 Menschen von dort arbeiten trotz aller Hetze in Henningsdorf. Das Stahl-Walzwerk Henningsdorf hat bisher mustergültiges auf dem Gebiet des Sozialwesens geleistet. Der Durchschnitts-



seiner kriegswirtschaftlichen Bedeutung demontiert werden mußte. 1947, im Frühjahr, war die Demontage der einstigen Kriegsproduktionswerkstätte beendet.

Nichts als die leeren Mauern standen noch, als auf Grund eines Befehls des sowjetischen Marschalls Sokolowski die Freigabe des Betriebes an das deutsche Volk erfolgte. Arbeiter und Angestellte, meist ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten, gingen als erste in den Betrieb zurück. Mit leeren Händen gingen sie an Werkzeuge aller Art — selbst Hammer, Zange und Säge — fehlten. Aus ihrem Heim brachten die Arbeiter die mangelnden Werkzeuge mit. Mit primitivsten Mitteln — die Sägeblätter waren vielfach ausgebrochen und fast wertlos — ging an die Arbeit. Und während die Pessimisten lachten und die Feinde des Volkes frohlockten, überwältigten die Werktätigen von Henningsdorf in unermüdlicher, oft ihre schwachen Kräfte überschreitender Arbeit alle Hindernisse zum Trotz.

Fortschreitende Produktionssteigerung

Die Stahl-Walzwerke Henningsdorf sind heute zu einem machtvollen Bollwerk der volkseigenen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik geworden. Aus dem völlig demontierten Werk ist wieder eine Produktionsstätte geworden, in der 4000 Arbeiter und Angestellte, neben 1000 Fremdarbeitern wirken. Die Leistungsfähigkeit des Werkes steigt ununterbrochen. Mit 9100 Tonnen Monatsproduktion im Dezember 1949 hat Henningsdorf mit seinen fünf Siemens-Martin-Oefen fast die Höchstleistung der 11500 Tonnen großen Monatsproduktion der Vorkriegszeit erreicht. Mit Zuversicht gehen die Henningsdorfer ins neue Jahr. Sie wissen heute schon, daß 1950 die Produktionskapazität die des früheren Flickschen Unternehmens überflügeln wird.

Aktivisten im Dienste des Volkes

45 Aktivisten stehen in der vordersten Reihe der Arbeitskolonnen. Es sind Arbeiter aller Jahrgänge. Neben dem erfahrenen, klassenbewußten Sozialisten steht der Jugendliche, stehen die Frauen. Sie alle haben längst erkannt, daß ihre Arbeitskraft nicht mehr im Interesse einer Monopoliisten-Clique ausgebeutet wird, sondern dem Friedenswerk des ganzen Volkes dient.

Eine neue Arbeitsmoral ist auch in Henningsdorf eingezogen. Die Arbeiter, die wochenlang ohne einen Pfennig Verdienst zu erhalten, mit übermenschlichen Kräften und aus dem Nichts das neue Werk erstellten, sind zu Freunden des Betriebes geworden. „Es ist unser Betrieb, und keine Macht der Erde, wird ihn uns noch einmal entreißen können!“, das sagte uns ein bereits im Betrieb ergrauter Arbeiter leuchtenden Augens. Von 1900 bis 1946 ist er Mitglied der SPD gewesen. Seit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gehört er der SED an, und er schüttelt den Kopf und kann es nicht fassen, daß in Westdeutschland sozialdemokratische Arbeiter dem großen Aufbauwerk der Werktätigen in der Republik noch feindlich gegenüberstehen.

Wir reden mit einem „Flüchtling“. Er stammt aus Ostpreußen. Viele seiner Landsleute arbeiten heute in Henningsdorf, denn rund 1000 der Beschäftigten sind Umsiedler, die längst schon keine Fremde mehr, sondern vollberechtigte Einheimische

lohn des Arbeiters beträgt 2.60 DM die Stunde, an den Walzstraßen und Oefen erreichen die Arbeiter nicht selten 3.60 bis 3.80 DM die Stunde. Ein mustergültiger Arbeiterschutz ist eingerichtet, denn der Mensch steht im Mittelpunkt der Sorgen der Betriebsleitung der BGL und der gut organisierten SED-Betriebsgruppe. Für den geringen Betrag von 60 Pf. wird täglich ein volles Mittagessen — zweimal in der Woche mit Fleischzuteilung — zusätzlich einem Liter Milch pro Tag an die Belegschaft ohne Abgabe von Lebensmittelpunkten verabreicht.

Die UdSSR liefert eine Walzstraße

Henningsdorf besitzt sieben Walzstraßen. Eine davon, die modernste, wurde vor wenigen Monaten aus der Sowjetunion dem Stahlwerk zur Verfügung gestellt. So hat die Sozialistische Sowjetunion durch die Tat bewiesen, daß sie den Aufbau eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands wirkungsvoll unterstützt. An der von der UdSSR gelieferten Walzstraße steht eine F.D.J.-Aktivistengruppe. Diese jungen Menschen, die eine mustergültige Disziplin zeigen und mit jugendlicher Begeisterung der Sache des Volkes dienen, sind der Stolz des Stahlwerkes und genießen selbst bei ihren älteren Kollegen volle Anerkennung und großes Vertrauen.

Die Kultur dem Volke

Wie in allen volkseigenen Betrieben hat auch Henningsdorf sich zur Ehre gemacht, die kulturellen Belange der Belegschaft in jeder Form zu fördern. Ein Kulturhaus ist der geistigen Erholung gewidmet. Eine dort untergebrachte Bibliothek verzeichnet eine ständig wachsende Leserschaft, ein Sportplatz ist Tummelplatz der spielstarken Betriebssportgemeinschaft, und in der Villa eines der nach dem Westen „geflüchteten“ ehemaligen Flickschen Direktoren tummeln sich heute frohe und lachende Arbeiterkinder, betreut und gepflegt von freundlichen Kindergärtnerinnen.

Eine besondere Aufgabe hat sich Henningsdorf gestellt: die Schulung und Ausbildung der Lehrlinge und Jugendliche. Doch darüber ein anderes Mal.

Friedel Janecek

Wunderweizen „Odesskaja“

Moskau. (ADN). In der Akademie der Agrarwissenschaften in Moskau begann eine Tagung, auf der die Arbeit der wissenschaftlichen Forschungsinstitute der UdSSR im Jahre 1949 und ihre Pläne für das Jahr 1950 erörtert werden. Neben der Erprobung einer neuen Aufforstungsmethode hat sich das Lysenko-Institut in diesem Jahr mit Kreuzungsversuchen verschiedener Getreidearten beschäftigt und für die Verbreitung der neu gewonnenen Getreidesorten auf den Kollektivwirtschaften Sorge getragen.

Die vom Institut gezüchtete Weizensorte „Odesskaja 3“, die äußerst widerstandsfähig ist und 300 bis 400 kg Mehretrag pro Hektar als die weltberühmte Sorte „Ukrainka“ bringt, wird heute bereits auf insgesamt zwei Millionen Hektar Bodenfläche in wasserarmen Gebieten der Sowjetunion ausgesät.

STELLENANGEBOTE

Stellenangebote

Beim Arbeitsamt Mannheim liegen im Augenblick u.a. die nachstehend aufgeführten Stellenangebote auf:

Stellensuchende, die gute Fachkräfte sind und die sich für diese Stellenangebote interessieren, werden ungeachtet, ob sie in Beschäftigung stehen oder nicht, gebeten, sich wegen Uebermittlung ihrer Bewerbung an das Arbeitsamt Mannheim, M 3a, zu wenden. Aufenthaltsgewilligung kann, sofern erforderlich, erwirkt werden. Für die Leitung der Hauptagentur in Mannheim wird ein im Außendienst erfahrener

Versicherungsfachmann

gesucht. Geboten wird Gehalt und Organisationszuschuß. Aufgabe des Hauptagenten ist: organisatorischer Aufbau der Geschäftsstelle Mannheim durch Einstellung geeigneter haupt- u. nebenberuflicher Vertreter zu fördern. Durch Intensivierung der vorhandenen Inkassoorgame den Mitgliederbestand zu vergrößern. Voraussetzung ist langjährige Erfahrung in der Organisation und in der Werbung. Es kommen nur Bewerber, die ausgesprochene Versicherungsfachleute sind, in Frage. Einstellung kann per sofort erfolgen.

Für sofort

Verkäufer für Add- und Rechenmaschinen mit Branchenkenntnissen. Fixum 200 DM.

Für alteingeführte Lebensmittelgroßhandlung **1 jüngerer Reisender** zum Besuch des Lebensmitteleinzelhandels in Mannheim-Ludwigshafen. Es kommen nur seriöse, branchenkundige Herren in Frage, keine Anfänger.

Eingeführte Eisengroßhandlung sucht **Vertreter** für Mannheim und Heidelberg. Nur gelernte Eisenhändler kommen in Frage. Vergütung nach Vereinbarung.

Erfahrener Speditionsfachmann mit Spezialkenntnissen im gesamten internationalen Speditionsgewerbe zur Leitung einer Versandabteilung. Es kommen nur Bewerber mit langjähriger ähnlicher Tätigkeit in Frage.

Außerst gewandter Baufachmann mit ersten Verbindungen zur Industrie und Behörden im Mannheimer Raum für Akquisitionszwecke zur Unterstützung des Geschäftsführers.

Technischer Kaufmann, der in der Lage ist, einen Entrostungsbetrieb zu organisieren.

Teppich- und Gardinen-Fachmann für erstes Spezialgeschäft gesucht, der auch gleichzeitig den Außendienst für Mannheim übernimmt.

1 Bauingenieur perfekte Kraft mit fließenden englischen Sprachkenntnissen für die US-Dienststelle.

Unternehmen aus der Stahlbaubranche sucht **erstklassigen Statiker**.

Vorkalkulator (Refamann) findet Lebensstellung in mittlerem Unternehmen des Kran- und Aufzugsbaus. Voraussetzung ist langjährige praktische Tätigkeit in der Kalkulation von Eisenkonstruktionen und in der spanabhebenden Fertigung.

1 Diplom-Ingenieur mit Erfahrungen in der spanabhebenden und spanlosen Verformung sowie in der Konstruktion von Vorrichtungen. Es handelt sich um entwicklungsfähige Stellung.

Kolloidchemiker von mittlerem chemischen Unternehmen gesucht.

Refachmann mit langjähriger Erfahrungen in der Gummiverarbeitung.

Jüngerer Kältechemiker guter Konstrukteur für gewerblich u. Haushaltskühlanlagen.

3 gelernte Kupferschmiede

1 Drahtziehermeister Für Großdrahtzieherei wird ein Meister im Alter von 34 bis 40 Jahren gesucht, der die Metall- und Stahlprofilzieherei beherrscht. Erfahrungen im rationellen Stiftdrahtziehen soll der Bewerber für diese Dauerstellung mitbringen.

1 Nähmaschinenmechaniker Darmhandelsunternehmen in Nordbaden benöt. dringend eine **jüngere männliche Kraft** bewandert in der Bearbeitung gesalzener und getrockneter Därme aller Art und perfekt im Sortieren von Därmen namentlich von Schafsdärmen. Abschluß einer Lehre in einer bekannten Darmsortieranstalt und nachweisbare praktische Tätigkeit ist erforderlich.

1 Akzidenzsetzer

4 perfekte Möbelschreiner im Alter von 35 bis 50 Jahren. Bedingung: Selbständiges Arbeiten, Furnieren, Polieren, Beizen. Lohn nach Leistung.

2 perfekte Maschinenschreiner

3 Rahmenmacher (Glaser), Alter 30—50 Jahre. Maschinenfabrik in der Nähe von Weinheim sucht zum kurzfristigen Eintritt **einen Lackierer-Meister**.

Maschinenfabrik benötigt für ihre Abteilung Vernickelei und Metallschleiferei **einen überdurchschnittlichen Meister**, der in der Lage ist, die Abteilung vorbildlich zu leiten.

1 Comptometer-Rechnerin für bedeutendes Industrie-Unternehmen.

Mehrere perfekte Sekretärinnen mit guter Allgemeinbildung und überdurchschnittlichen Kenntnissen im allgemeinen Bürowesen, für gehobene Positionen. Alter nicht über 32 Jahre.

1 branchenkundige Verkäuferin

1 Kraft für Schuhwaren-Spezialgeschäft.

Perfekte Stenotypistin die auch gute Kenntnisse in der englischen und französischen Sprache besitzt, zum baldigen Eintritt von größerem Industrieunternehmen in Mannheim gesucht.

Stellenangebote, die vorzugsweise örtlich oder durch Pendler zu besetzen sind:

Mehrere perfekte Maschinenschreiberinnen mit guten englischen Sprachkenntnissen.

Mehrere perfekte Stenotypistinnen mit guten englischen Stenografie-Kenntnissen für amerikanische Dienststellen.

Mehrere gewandte Stenotypistinnen mindestens 180—200 Silben schreibend für Industrie- und Handelsfirmen. Alter bis 30 Jahre.

Darmhandelsunternehmen benötigt **2—3 perfekte Darmsortierinnen.**

Stellengesuche

Maschinen-Ingenieur, 30 Jahre alt, firm in Konstruktion und Fertigung (gelernter Dreher) Refachmann, guter Autogenschweißer, mehrjährige Erfahrung im Motorenbau, sucht entsprechende Tätigkeit.

Erfahrener Arbeitsvorbereiter, 45 Jahre alt, und Vorkalkulator aus dem Autobau, gelernter Werkzeugschlosser und Dreher, sucht Beschäftigung.

Maschinen-Ingenieur, 38 Jahre alt, mit guten theoretischen und praktischen Kenntnissen, 16jährige Tätigkeit als Werksingenieur und Betriebsleiter im Lokomotivenbau, Wagen-, Werkzeug- und Vorrichtungsbau, in ungekündigter Stellung, sucht entsprechenden Wirkungskreis.

* NATIONAL-THEATER MANNHEIM *

Spielplan vom 8. bis 16. Januar 1950

Sonntag, 8. Januar **Vormittagsvorstellung zu kleinen Preisen** Eintrittspreise 0.50 bis 3.00 DM **„König Drosselbart“**, Märchenspiel von H. Fitz, Musik von Erich Riede. Anf. 11 Uhr, Ende gegen 13 Uhr.

Sonntag, 8. Januar **„Die Walküre“**, Erster Tag aus „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner. Anf. 18 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.

Montag, 9. Januar **„Die Entführung aus dem Serail“**, Singspiel von W. A. Mozart. Anf. 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr.

Dienstag, 10. Jan. **„Meine Schwester und ich“**, Musikal. Lustspiel von Ralph Benatzky. Anf. 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr.

Mittwoch, 11. Jan. **„Tannhäuser“**, Oper von Richard Wagner. Anf. 19 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.

Donnerstag, 12. Januar, **„Das Opfer der Agnete“**, Schauspiel in 3 Akten gegen 22 Uhr.

Freitag, 13. Jan. **„Meine Schwester und ich“**, Musikal. Lustspiel von Ralph Benatzky. Anf. 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr.

Samstag, 14. Jan. **In neuer Inszenierung: „Die Räuber“**, Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Anf. 18.30 Uhr. Ende gegen 22.30 Uhr.

Sonntag, 15. Jan. **Vormittagsvorstellung zu kleinen Preisen** Eintrittspreise 0.50 bis 3.00 DM **„König Drosselbart“**, Märchenspiel von Hans Fitz, Musik von Erich Riede. Anf. 11 Uhr, Ende gegen 13 Uhr.

Sonntag, 15. Jan. **„Die Walküre“**, Erster Tag aus „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner. Anf. 18 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.

Montag, 16. Jan. **„Die Räuber“**, Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Anf. 18.30 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.

Donnerstag, 12. Januar, **Gastspiel in Käferal „Olymp-Lichtspiele“** **„Fanny“**, Komödie von Marcel Pagnol. Anf. 20 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.

Freitag, 13. Jan. **Gastspiel in Seckenheim Vereinshaus: „Walzerzauber“**, Operette von Willy Werner Götting, Musik von Johann Strauß. Anf. 20 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.

ETAGEN-Angebote

Arbeitsanzug 13.65
blau Köper, solide Baumwoll-Qual., Gr. 40

Arbeitsanzug 14.85
blau Köper, Baumwolle, Gr. 44, 50, 52, 54

Arbeitsanzug 16.00
blau Köper, Baumwoll-Qualität, Gr. 42-54

Webwaren ETAGE

H 1,8 Breite Straße H 1,8

DIE ETAGE, DEREN BESUCH SICH IMMER LOHNT

Stenografen-Verein Mannheim

Eröffnung neuer Kurse in Einheitskurzschrift für Anfänger, Fortgeschrittene, Geschäftsstenografen und Praktiker in der Sickingerschule U 2, montags und donnerstags 19 bis 20.30 Uhr. Übungsgemeinschaften werden ebenfalls eingerichtet. Persönliche Anmeldung am 9. Januar in der Schule erbeten.

Vors. Robert Haas, Lange Rötterstraße 44.

Mieterverein Mannheim e. V.

Fernsprecher Nr. 482 88

Sprechzeiten: Montag, Dienstag und Freitag 11 bis 13 Uhr in S 3, 11
Montag bis Freitag 14 bis 16 Uhr Relaisstr. 64.

Werden auch Sie Kunde

unserer neuingerichteten **Leihbücherei**

Wir sind in der Lage, alle Leserwünsche zu erfüllen. Bei Eintritt in die Bücherei wird 1 Buch gratis gegeben.

Volksbuchhandlung - S 3, 10